

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangobrief, bei Geschäftsabholung 90 Pfennig. Bezahlung wöchentlich je Samstag und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, oder unteren Posten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, 9. u. 10. S. Verantwortl. für Inhalt: Artur Wittenbräuer, für den lokalen Teil Wilhelm Krimmermann, für Nelema: a. S. J. Kreis: Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonietzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restamts 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Nachgebend ist bei Zahlung vorliegende letzte Kreuz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 20, Magdeburg 4926 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 34

Dienstag, den 10. Februar 1931

6. Jahrgang

Eine Dauersitzung des Reichstages bis heute morgen 3 Uhr.

Schutz der Demokratie!

Die Feinde der Volksvertretung zurückgewiesen. — Mit großer Mehrheit der Schutz des Reichstages sichergestellt. — Uebles Schmierentheater der sogenannten „nationalen Opposition“.

Im deutschen Reichsparlament hat am Montag der Entschuldigungs-Kampf zwischen einer arbeitsfähigen und arbeitsunfähigen Mehrheit und einer Minderheit begonnen, die mit allen Mitteln den Reichstag und damit die deutsche Demokratie lähmen will. Man muß sich darüber ganz klar sein. Es handelt sich bei der vereinten Opposition der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten nicht darum, die Verabschiedung eines unfeindlichen oder volksfeindlichen Gesetzes zu verhindern. In einem solchen Fall ist Opposition in jedem Parlament verständlich und berechtigt.

Hier geht es um viel mehr. Die diktatorische Minderheit aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten will dem deutschen Volk zeigen, daß der Reichstag, damit der Parlamentarismus u. die gesunde Demokratie am Ende ihres Daseins sind. Das ist die Absicht der vereinten Minderheit. Dieses Ziel kann nur durch eine entschlossene das Parlament beherrschende Mehrheit niedergestampft werden.

In der Diktaturpresse der Sonderbaren Verbündeten Hitler, Sugenberg und Schimann werden diese Reichstagskämpfe als ein Kampf der Reichstagsmehrheit gegen Volksrechte hingestellt. Arbeiten wir also klar heraus, warum es sich handelt. Dem Reichstag liegen nahezu 400 Ecksanträge gegen Abgeordnete vor. Es handelt sich zum großen Teil um Beleidigungen und Verleumdungen schimmlicher Art, aber auch um vereinzelt kriminelle Vergehen. So wird ein nationalsozialistischer Abgeordneter beschuldigt, sich an Vortragsgebern bereichert zu haben. Ist es des Volkes Wille, daß die erwähnten Abgeordneten straflos in der Zeitung und in Versammlungen jedem anderen Volksgenossen die Ehre abschneiden können?

Will das deutsche Volk Verleumder und Betrüger schützen?

Das kann niemals der Sinn einer Immunität sein. Ein Volksführer sollte schon mit Würdigung auf die Ehre seiner Mitmenschen vorbildlich sein. Wenn er dagegen außerhalb des Parlamentes verurteilt, muß er zur Verantwortung gezogen werden. Das Beispiel des Nationalsozialisten Gobeles aber zeigt, daß derartige Freilagen, solange sie die Immunität besitzen, überhaupt niemals vor Gericht erscheinen, auch wenn Vorbringungsbeschlüsse erlassen sind. Der Reichstag will deshalb diese Gruppen von berüchtigten Verleumdern endlich einmal vor Gericht ziehen lassen, wie das jeder andere Bürger sich auch gefallen lassen muß.

Bilder noch als die Proteste der vereinten Opposition Sugenberg-Hilfer-Präsidenten gegen die beschuldigte Bemessung der Strafverfolgung gegenüber Abgeordneten sind die gegen die Veränderung der Geschäftsordnung im Reichstag. Wird das etwas Ungeheuerliches verlangt? Hier wird nur gefordert, daß endlich jeder Abgeordnete und jede Reichstagsfraktion zur ernstgemeinen Anträge einbringt.

Wenn eine Fraktion in wunderhübschen volksfreundlichen Anträgen sich zu gebärdet, als täme sie der Not unserer armen Volksgenossen feuern, so soll ihr auch zugleich die Pflicht auferlegt werden, zu sagen, welche Deckungsmittel sie dafür vorhält. Das ist der entscheidende und gewiß sachliche Grund der Geschäftsordnungsreform. Man kann nicht vom Volke verlangen, daß es Sinn und Wesen des Parlamentarismus und der Demokratie begreift, wenn die Abgeordneten, wie es bei den Herren der Opposition heute der Fall ist, selber gemeinlos und verantwortungslos ins Blaue hinein beantragen und Neben halten.

Schließlich will der Reichstag auch endlich einmal Klarheit darüber schaffen, in welcher Form einer Regierung das Vertrauen entgegen werden kann. Darüber herrschen bisher ganz widersprechende Lehren im Reichstag. Komme es doch sogar dahin, daß Nationalsozialisten oder Kommunisten überzogene Vertrauensanträge für eine von ihnen bekämpfte Regierung einbringen konnten. Solche Komödien müssen aufhören. Das Volk kann fordern, daß jede Fraktion im Reichstag ernsthafte Arbeit leistet.

In keiner Weise also wird ein Volksrechtswort ein Parlamentsrecht bedroht. Im Gegenteil, das Parlament will sich und das Volk vor denen schützen, die ein Marientempel mit Reichstag und Volksgenossen treiben wollen.

Der Reichstagsgericht vom Montag zeigt, mit welchen lächerlichen und unzulänglichen Mitteln die forderbare Oppositionsminderheit gearbeitet hat. Daß sie alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anwandte, ist ihr gutes Recht. Dazu reicht aber die vereinte Intelligenz nicht aus. Man vollzieht in dieser Notzeit ein ständes Kaparereschloß. Ein kommunistischer Abgeordneter überreichte dem gerade in dieser Sitzung über alles Maß gebildigen Reichstagspräsidenten Lobe einen Volksgehörtsantrag und einen Gummimittelp. Lobe wies die kommunistischen Abgeordneten auf

und Creutzberg für je acht Tage aus dem Saal. Stundenlang verjuchten

Nationalsozialisten und Kommunisten in kausaler Verbitterung.

das Haus nicht etwa durch Reden, sondern durch wüsten Gebüll und sonstige Gellensjungenmanieren lahmzulegen. Die Mehrheit lehnte diesen Schmutzgeschwätz ebenso ab und ließ den Willen entgegen. Sobald während der Dauerführung die Reiben der Abgeordneten sich etwas lüfteten, wurde immer wieder von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Stöhr die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Erfolg hatte er nur zu Beginn der Sitzung, als noch nicht alle Abgeordnete aus der Provinz in Berlin eingetroffen

Die Verhandlung.

Berlin, 10. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Stöder (Komm.) das Wort. Er erklärt, der Antrag Rauch (Napr. Sp.), wonach alle vorher dem Geschäftsordnungsausschuß übermittelten Anträge auf Immunitäts-Aufhebung dem Ausschuss wieder entgegen und direkt im Plenum erledigt werden sollen, sei unzulässig und geschäftsordnungswidrig. Der Antrag Rauch müsse also abgelehnt werden.

Die erste Opposition.

Abg. Stöhr (Napr.) beantragt Vertagung der Sitzung und bemerkt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit. Präsident Lobe führt die Entscheidung über die Beschlußfähigkeit durch Stimmtafel-Einmündung wie bei einer namentlichen Abstimmung herbei. Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und viele Landvolk-Abgeordnete nehmen an der Abstimmung nicht teil. Als Ergebnis der Abstimmung stellt Präsident Lobe fest, daß 276 Karten abgegeben sind, also die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl 289 nicht erreicht ist.

Die Nationalsozialisten klatschen lachend in die Hände und rufen: „Die Wette ist bei.“ Präsident Lobe beräumt sofort eine neue Sitzung auf 4 Uhr an mit der gleichen Tagesordnung.

Ein kurzes Vergnügen.

Die zweite Sitzung begann um 10.20 Uhr. Abg. Stöhr (Napr.) wiederholt seinen Vertagungsantrag und bemerkt wiederum die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Es werden 291 Karten abgegeben; das Haus ist beschlußfähig. Es beginnt die Beratung der Geschäftsordnungsreform, für die der Präsident 3 Stunden Redezeit vorhält. Weitergehende Anträge der Opposition werden abgelehnt. — Die Behauptungen der Abg. Gotheiner (Dnat.) und Stöhr (Napr.), daß die Reform verfassungswidrig sei, findet den lauten Widerspruch der Mehrheit. Stöhr beantragt zunächst eine Generaldebatte zu führen und jeder Fraktion zu jedem Antrag eine Viertelstunde Redezeit zu geben. Der Antrag Stöhr wird mit 297 gegen 170 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Gotheiner (Dnat.) auf 1 1/2 Stunden Redezeit verliert mit 294 gegen 91 Stimmen der Ablehnung.

Als der Abg. Effer (3.) an den Präsidenten herantritt, um etwas mit ihm zu besprechen, rufen die Nats. im Chor: „Schließung!“ Präsident Lobe: Ich hoffe, daß Sie diesen Juror nicht auf ein Mitglied des Hauses begreifen. (Chor der Nats.: Nein! — Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Fried (Napr.) verweist auf die Redezeitbestimmung der Geschäftsordnung, wonach die Redezeit mit Zustimmung des Präsidiums unter eine Stunde abgelehrt werden kann. Er beantragt Einberufung des Ausschusses, dazu Vertagung der Plenarsitzung und namentliche Abstimmung.

Abg. Effer (3.)

wird von der äußersten Rechten und äußersten Linken mit andäutenden Rufen „Schließung“ empfangen. Der Präsident droht darauf mit Ausweisungen, falls nicht Ruhe einträte. Effer führt aus: Da der Beschluß Fried's sich gegen den jahrelangen Brauch des Hauses richtet, die Redezeit auch ohne Beschluß des Präsidiums abgelehrt, sei es an der Zeit, auch mit einem anderen Brauch Einfluß zu machen, der sehr zu schwerem Mißbrauch benutzt wird. § 105 der Geschäftsordnung belege nämlich, daß auf Antrag von 50 Mitgliedern namentliche Abstimmung beschlossene werden könne. Er beantrage deshalb, daß in Zukunft namentliche Abstimmung nur auf Beschluß des Hauses vorzunehmen sei. (Erregte Protestrufe der Opposition.)

Abg. Stöhr (Napr.) fügt für den Fall, daß dem Antrag Effer stattgegeben und mit einem jahrelangen Brauch des Hauses gebrochen werde, der casus belli (Kriegszustand) an. (Heiterkeit der Mehrheit, Sändelklatschen der Nats.) Er beantragt sofortige

waren. Später aber zeigte sich, daß eine ausreichende Arbeitsmehrheit vorhanden ist, wenn alle ihre Abgeordneten dauernd zur Stelle und zur positiven Arbeit gemitt sind.

Die Nervensproben, die jetzt der Reichstag erlebt, entscheiden vermutlich über das innerpolitische Schicksal Deutschlands der nächsten Monate. Werden die Todfeinde des Parlamentarismus und der Demokratie in diesen schweren parlamentarischen Arbeitskämpfen niedergebungen, dann werden sie eine weithin wirkende Niederlage erlitten haben. Dann darf man erwarten, daß aus diesen Kräfte ein rationalisiertes Parlament sich entwickelt, in dem die Schwächer zurückzutreten haben und in dem die sachlichen und ernsthaften Arbeiten im Vordergrund stehen.

Unterbrechung der Sitzung und Zutritt des Vizepräsidenten. Präsident Lobe macht den Vermittlungsvorschlag, daß Fried und Effer ihre Anträge zurückziehen.

Abg. Fried (Napr.) ist dazu bereit, wenn die einstündige Redezeit, die nach der Geschäftsordnung die Norm ist, gesichert wird. Abg. Ziegler (Komm.) spricht von Repräsentation der Mehrheit gegen die Opposition. Im Präsidium habe Präsident Lobe vor einigen Wochen angetragt, daß der Geschäftsordnungsausschuß dem § 105 die Form geben solle, die dem ständigen Brauch entspricht, daß nämlich auf Verlangen von 50 Mitgliedern namentlich abgestimmt wird.

Abg. Dr. Gotheiner (Dnat.) verlangt namentliche Abstimmung über den Antrag Effer, der die Grundrechte der Minderheit verweigert.

Abg. Dr. Bell (3.): Das ist nicht richtig. Im alten Reichstag konnte namentliche Abstimmung auch nur durch Mehrheitsbeschluß erreicht werden.

Abg. Effer (3.) erklärt, er ziehe seinen Vorschlag nicht zurück.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird der Streifling dadurch erledigt, daß durch Mehrheitsbeschluß mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen die Stimmen des Zentrums die einstündige Redezeit beschloffen wird.

Zur Begründung des Antrags auf Veränderung der Geschäftsordnung erhält dann der Abg. Dr. Bell (3.) das Wort. Mehrere kommunistische Abgeordnete rufen: „Der hat den Verfallenen Vertrag unternommen!“ Präsident Lobe wußt den Abg. Rosen (Komm.) zur Ordnung.

Als Dr. Bell seine Rede beginnt, wird von den Nationalsozialisten und Kommunisten fortwährend „Gauter!“ gerufen. Die Kommunisten lachen durch Stimmen und unartikuliertem Gerede den Redner zu überhöhen. Präsident Lobe muß nach mehreren vergeblichen Ruhe-Mahnungen den Abg. Ruffhal (3.) auf drei Sitzungsstunden aus dem Saal. Abg. Ruffhal fügt sich der Ausweisung, überläßt aber vorher unter großem Hallo seiner Freunde dem Präsidenten Lobe einen Schupo-Zettel und „Gummimittelp.“ Gegen den Präsidenten werden während dieser Szene von den Kommunisten höhnische Juratie gerichtet. Der Abg. Creutzberg (Komm.) wird deswegen auf acht Sitzungsstunden ausgewiesen. Abg. Roenen (Komm.) erhält den zweiten Ordnungsruf.

Abg. Dr. Bell (3tr.)

begründet namens der antwortenden Parteien die Anträge. Er weist daraufhin, daß eine Reform des Parlamentsrechts von der breitesten Öffentlichkeit schon seit langer Zeit gefordert werde. Die jetzigen Anträge sollten nicht etwa einen Witz dieser Reform darstellen. Nach Annahme dieser Anträge werde die parlamentarische Reformarbeit fortgesetzt werden müssen. Es handle sich hier besonders um die Anregung, für die Hausaufsichtungsberatung, die zweite Beratung durch die Ausschussberatungen zu ersetzen, die für die gegenwärtige Haushaltsberatung zu spät gekommen sei. Entsprechende Anträge seien aber in Vorbereitung. Von einer Verschärfung der Disziplinvorschriften habe man abgesehen, da der Präsident ausreichend harte Mittel zum Schutze der Ordnung besitze. Man müsse allerdings die bestimmte Erwartung aussprechen, daß der Präsident und alle Vizepräsidenten diese Vorschriften streng und unerschütterlich handhaben.

Der Redner erläutert dann die zur Beratung stehenden Vorschläge, deren wichtigster sich auf die Finanzanträge und Finanzanträge bezieht, die künftig ohne erste Beratung dem Ausschuss überwiefen werden. Finanzanträge der Parteien bedürfen ferner gleichzeitig eines Deckungsantrages. Es handle sich darum.

Aktionsanträge einen Ringel vorzuschicken. Alle Parteien müssen Selbstkritik üben, um den Fundamentalfall: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ wieder zu Ehren zu bringen. Die weiteren Vorschläge betreffen die Mißtrauensanträge der Interpel-

lationen und die Vorkriegszustände. Die gleichzeitig vorgelegene Aenderung des Budgetgesetzes solle dem diesjährigen Mißbrauch der Immunität ein Ende machen.

Zusammenfassend erklärt der Redner, daß der Vorschlag feinerer Berechtigung habe, als ob diese Anträge eine Erhebung der Minderheit beinhalten und auf Behebung der Opposition hinzielen. Der ganze Reichstag und alle Parteien würden gleichmäßig betroffen.

Am dem Schutz der Minderheit und der Sicherung einer verantwortungsbewußten Opposition werde nicht gerüttelt. Dieser Schutz dürfe allerdings nicht so weit getrieben werden, daß dadurch der Reichstagsmilde lahmgelegt und das Parlament aktionsunfähig werde. Eine kognitivere Opposition dürfe sich nicht in äußerer und zersplitterter Kritik erschöpfen, sondern müsse mit ihrer Kampftätigkeit gegen Regierung und Mehrheit politische Wasserläufe verbinden. Die parlamentarische Reform, die auf Wahrung des Ansehens und der Würde des Reichstages und auf Erhaltung seiner Aktionskraft gerichtet sei, falle in den Rahmen der Maßnahmen, die durch Sicherung der Ordnung und Ruhe im eigenen Hause die Bahn frei machen für eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems. Abg. Schumann-Beitzig (Komm.) beantragt Auslegung der Beratung, bis vor den Deutschen Reichstag eingereichte umfangreiche Vorschlagsanträge gedruckt ist.

Abg. Stöhr (Nazi) beantragt, den Reichsinnenminister Dr. Brüning als Verfallungsminister herbeizulufen. (Laut Ruf: Dr. Brüning ist ja schon da!) Dann gehe ich meinen Antrag zurück. Abg. Stöcker (Komm.) erhebt ums Wort zur Geschäftsordnung. Präsident Lohse: Ich gebe jetzt nicht das Wort zur Geschäftsordnung. — Abg. Stöcker (Komm.): Das ist doch mein gutes Recht! — Präsident Lohse: Nein, der Präsident entscheidet über solche Wortmeldungen.

Der Reichstag hat in dementselbstigen Abstimmung über den Antrag Schumann-Beitzig beantragt worden. Nach einem Bericht des Abgeordneten Eiser weist Präsident Lohse darauf hin, daß über Vorschlagsanträge nicht namentlich abgestimmt werden kann. Der Antrag Schumann-Beitzig (Komm.) wird in einfacher Abstimmung abgelehnt. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen hatten während dieser Abstimmung den Saal verlassen, so daß die Rechte fehlt, als dann Abg. Graef-Thüringen (Nazi) das Wort erhält. Unter dem Geleitz der Linien ziehen dann die Deutschnationalen und Nationalsozialisten wieder ein.

Abg. Graef-Thüringen (Nazi)

führt aus, der jetzt vorliegende Geschäftsordnungsantrag stehe in engem Zusammenhang mit der Regierungspolitik. Dr. Brüning habe den Antrag Bell begrüßt, obwohl er doch wissen sollte, wie nützlich die durch den Antrag Bell bedrohte nationale Opposition auch für die Regierung sein könne. Der Antrag Bell bedeute einen Vorstoß gegen die

Reinhardt-Verfassung, eine Verletzung der Demokratie. (Rufe links: „Graef als Wahrer der Demokratie“). Die Regierungsmehrheit sei aus den heterogensten Elementen zusammengesetzt. (Rufe links: „Bei der Opposition sind Deutschnationale und Kommunisten Hand in Hand“). Die Deutsche Volkspartei habe sich durch einen solchen Schritt von der nationalen Opposition getrennt. Der Antrag Bell soll angeblich der Parlamentsreform dienen. Abg. zu linker Seite, der Parlamentarismus ist überhaupt nicht erforderlich.

(Rufe links: „Das sagt ein Parlamentspräsident!“). Der Antrag Bell nimmt geschäftliche Dinge nur zum Vorwand, um mit einer Mehrheit Verfassungsänderungen durchzuführen, für die die Zweidrittelmehrheit fehlt. Was im letzten Reichstag die Regelung der Vertrauensfrage in derselben Weise angeregt wurde, wie es jetzt im Antrag Bell geschieht, da wurde das im Ausnahmefalle eine Verfassungsänderung bezeichnet und abgelehnt. Abg. Hildenbrand (Soz.): „Das hat nicht der Geschäftsordnungsantrag gefordert, sondern das war eine einseitige Ausarbeitung von Ohnen!“ Mindestens muß der Antrag Bell dem Artikel 54 der Reichsverfassung eine authentische Interpretation geben und das ist nach Ansicht auch nur mit Zweidrittelmehrheit möglich. Abgeordneter Stöhr, der während dieser Rede die Verhandlungen leitet, richtet, zu den Sozialdemokraten gewandt, die Meinung an die Abgeordneten, die Privatgespräche selber zu führen. Diese Meinung wird mit Lachen beantwortet und einige Sozialdemokraten rufen: „So ruhig war es heute den ganzen Tag noch nicht!“ — Abgeordneter Stöhr ruft darauf die sozialdemokratischen Abg. Wels und Schmidt-Kapenitz zur Ordnung.

Abg. Graef-Thüringen (Nazi) begründet in seinen weiteren Ausführungen verschiedene Vorschlagsanträge zum Antrag Bell. Der Antrag Bell sei zweifellos verfassungswidrig und könne nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden.

Nach der Rede der Abg. Graef beantragt Abg. Fried (Nazi) Vertagung der Sitzung und beweist gleichzeitig die Beschlußfähigkeit. Die Zustimmung ergibt die Annahme von 294 Abgeordneten, das Haus ist also beschlußfähig.

Ein Nazi-Clown.

Abg. Dr. Frank II (Nazi) meint, der Antrag Bell hätte garnicht zur Beratung gestellt werden dürfen, denn er bezwecke nur die Wiederherstellung der nationalen Opposition. In diesem Saale gebe es nur zwei Gruppen wahrer Volksvertreter, die nationale Rechte und die Befürher der Volksströme. Sie schreien, sie rufen der Redner, die Republik zu schützen. Sie schreien, sie rufen die persönlichen geschäftlichen Vorteile sich weiter zu halten. (Laut Ruf: „Beifall“). Dr. Frank II erhebt den Redner, die Reichsbeschlüsse gegen Abgeordnete zu unterlassen. Die Reichsverfassung wird immer dann gebrochen, wenn es gegen die Nationalsozialisten geht. Wir Nationalsozialisten sind hier, um über diesen Reichstag zur Tagesordnung überzugehen!

Wenn Sie uns durch solche Anträge wie den vorliegenden weiter beschämen, dann können wir die Verantwortung dafür als, wenn die hinter uns stehenden Millionen

zur Waffe des Bürgerkrieges greifen. (Beifall b. d. Nazis).

Abg. Goering (Nazi) beantragt Vertagung und beweist gleichzeitig die Beschlußfähigkeit. — Auch in diesem Falle wird durch Zustimmung festgestellt, daß das Haus mit 293 anwesenden Abgeordneten beschlußfähig ist. — Der Vorschlagsantrag wird abgelehnt.

Abg. Lorgler (Komm.):

Mit der sogenannten nationalen Opposition haben wir nicht das geringste zu tun. Wir sind überzeugt, daß dieselben Nationalsozialisten und Deutschnationalen, die heute über Bemerkungen lächeln, morgen dieselben Willkürmethoden gegen die Opposition anwenden werden. Sie haben es ja in Thüringen getan, wo sie die Immunität der kommunikativen Abgeordneten aufgehoben haben.

Die Nationalsozialisten

haben unsern Antrag auf Millionärsteuer abgelehnt, sie haben sich schuldig vor die Geschöftskammer jüdischer Kapitalisten gestellt.

Abrüstung und Frieden!

So spricht der sozialistische Außenminister Englands.

London, 9. Febr. (Eig. Draht.) Einer Einladung der englischen Section der internationalen Frauenliga folgend sprach am Montag-Abend in London Außenminister Henderson in einer öffentlichen Versammlung über Abrüstung und Frieden. Seltener sind von einem Außenminister solche Wahrheiten an die Bevölkerung, Politiker und Bürger geäußert worden. Beginnend mit der Entwaffnungsfrage erklärte Henderson, diese Frage sei zum Zeitpunkt aller inneren und äußeren Politik geworden. Die vorbereitende Entwaffnungskommission habe die Basis geschaffen, von der aus die Arbeiten für die Entwaffnung beginnen könnten. Die Kernfrage sei jedoch die, ob es die einzelnen Regierungen mit der Abrüstung auch ernst meinen oder nicht. Alles hänge jetzt von der öffentlichen Meinung und dem Willen der Völker ab.

Die Regierungen hätten zu tun, was die Völker wollten.

Wenn die Völker den Frieden wünschen und die Abrüstung, so würden sie befriedigende Resultate haben. Die Mitglieder der Frauenliga und alle pazifistischen Organisationen hätten jetzt ein Jahr Zeit, um die Völker zu mobilisieren. Die vorher habe es eine solche Gelegenheit gegeben und vielleicht nie wieder würde es eine solche Gelegenheit geben, um den Regierungen, den Politikern und Staatsmännern zu zeigen, daß die Völker wirklich den Frieden lieben und wünschen.

Henderson fuhr fort: „Sollten die Völker wirklich vergessen haben, was der Krieg an Verführung bedeutet. Haben die Völker die

zehn Millionen vergessen, die im letzten Krieg gefallen sind, haben sie die 20 Millionen Verwundeter vergessen und wissen sie nicht, daß

immer noch Krankenhäuser gefüllt sind

mit den Verwundeten aus dem letzten Krieg. Millionen sind an

den direkten Folgen des Krieges in der Heimat gestorben. Der nächste Krieg wird ein Giftgaskrieg sein, gerichtet gegen die Zivilbevölkerung und es wäre

ein internationales Verbrechen.

wenn die Völker nicht vor den Folgen eines solchen Krieges gewarnt würden. Der einzige Weg, den Barbarismus zu beenden, ist, bei dem Krieg unmöglich zu machen. Die Weltwirtschaftskrise.

Die Arbeitslosigkeit, die Hungernden und Frierenden

unterer Tage, das alles sind noch die Folgen des vergangenen Krieges, den die Arbeiter von 1914—1918 mit ihrem Blut und Leben bezahlt haben, und dem sie jetzt immer noch durch ihre heutigen Leiden tributpflichtig sind. Nur durch eine internationale ökonomische Zusammenarbeit, durch Überwindung der Zollschranken, können wir diese Weltwirtschaftskrise belegen. England gibt jährlich 115 Millionen Pfund für das Kriegsbudget aus. Das könnte damit geschaffen werden, wenn England abgerüstet hätte und diese Summen für soziale Wohlfahrt und für Wirtschaftszwecke verwendet werden könnten. Europa ist heute voller Schmutzriegeln.

Der Schlüssel zur Lösung

aller wirtschaftlichen und politischen Fragen liegt aber in der Entwaffnung.

Bevor nicht abgerüstet wird, kann man keine neue soziale Ordnung in Europa schaffen, und deshalb ist es die Pflicht der Frauen in jedem Lande, ihre Stimme zu erheben und immer wieder der Regierung und den Staatsmännern zu zeigen, daß die Völker bereit sind zum Frieden, und daß Kräfte in der Welt vorhanden sind, die einen neuen Krieg verhindern wollen.“

Kein neuntes Schuljahr.

Auch kein Abbau an der Volksschule.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages wird gegenwärtig der Kultusrat beraten.

Kultusminister Grimme erklärte am Montag in der Debatte, daß die Durchführung eines obligatorischen 9. Volksschuljahres schon mit Rücksicht auf die hohen Kosten nicht in Frage kommen könne. In den nächsten Tagen werde jedoch eine Vertagung eintreten, die sich mit dem Problem des freiwilligen 9. Schuljahres beschäftigen und die bestimmt ist, dort, wo Bedürfnis und Neigung vorhanden sei und wo die Sache nicht übermäßig viel Geld koste, durch Einführung eines freiwilligen 9. Schuljahres die Arbeitslosigkeit zu einem Teil bekämpfen zu helfen. Wollig ausgeschlossen sei es, durch hochschul-organisatorische Maßnahmen die Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Trotzdem werde in aller nächster Zeit eine Anordnung ergehen, die den Auslesegeboten für die höheren Schulen schärfer bestimme. Einen Abbau an der Volksschule habe er für das Bedenkenliche u. Gefährliche gehalten. Die über einen beschränkten Abbau in der Defensivität gebrachten Nachrichten würden den Landtag nicht entsprechen. Das Problem der arbeitslosen höheren Schule könne nicht einfach damit abgetan werden, daß es — wie eine bismarckige Maxime in der Defensivität behauptete — auf eine äußerliche, numerische, leistungsfähige Förderung der höheren Schulen hinauslaufe. Es handelte sich hier um ein wirklich schwerwiegendes Problem, nämlich um die Frage, ob für den Lehrgang der höheren Schulen wirklich 9 Jahre erforderlich seien, oder ob es nicht genüge, den Schulpflichtigen in einem kürzeren Zeitraum die für die Führung der Berufsprüfung bis heute nichts unternommen worden und werde auch nichts unternommen werden können.

Die Finanzhilfe für Deutschland.

Den französischen Nazis der Mund gestopft.

Paris, 9. Februar. (Eig. Draht.) Die Aufregung der Leberpatrioten über die Beteiligung französischer Banken an der Aufbringung des Zwischenschatzes für Deutschland hat sich überraschend schnell gelegt. Die Regierung Laval hat am Montag in einem außerordentlichen Ministerrat nicht nur die Möglichkeit, den französischen Kapital an dieser Operation teilhaben zu lassen, sondern darüber hinaus, nach den Kommentaren, die in parlamentarischen Kreisen im Laufe der letzten Tage im Hinblick auf die künftigen Solidaritätsbeziehungen ausgesagt. Das wird allerdings nicht hindern, daß die patriotischen Interpellanten Mandel, Franklin-Bouillon und Dumal am Dienstag in der Kammer ihre Mißbilligung in mehr oder minder großer Leidenschaft durch Reden Luft machen. Ihre Worte werden aber keinen Nachhall finden und nur isolierte Demonstrationen bleiben. Die erste Wirkung zeigt sich schon in der Presse. Die nationalsozialistische „Liberte“, die am Sonntag noch mit Unterstützung gegen die Kreditoperation protestiert hatte, erklärt am Montag, daß die ganze patriotische Aufregung von den Parteien der Opposition künstlich geschürt worden sei, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

An der Finanzkommission der Kammer erklärte Finanzminister Mandin am Montag nachmittags, daß die Regierung Gees schon am 13. Januar die Genehmigung zur Kreditbeteiligung der französischen Banken gegeben habe, daß aber die Verhandlungen darüber noch unter der Regierung Lardieu begonnen hätten. Weiter betonte der Minister, daß es sich um einen verhältnismäßig geringfügigen Kredit handle. Die französischen Banken hätten nur ein Drittel der Gesamtsumme, rund 250 Millionen Franken aufzubringen. Außerdem seien als vorkaufswertiger Garantien gegeben. In der Einpreisung wird die Kredithilfe der französischen Banken als der erste notwendige Schritt der internationalen Beteiligung der Solidarität gebildet. Dabei kommt im Lager der Linken deutlich zum Ausdruck, daß sich diese Aktion nicht in geteilter finanzieller Notlage auswirken dürfe, sondern, daß es darüber hinaus notwendig sei, die nationalen Forderungen Deutschlands sachlich und wohlwollend zu prüfen, sofern sie nur in entsprechender ruhiger Form vorgebracht würden.

Wechsel in der französischen Herrschaft.

Paris, 9. Februar. (Eig. Draht.) Die schon seit länger Zeit angekündigte Demission des Oberkommandierenden der französischen Armee, Marschall Berthelot, ist am Montag Tag offiziell geworden. Der Marschall hat sich dem Reichspräsidenten offiziell zur Verfügung gestellt und organisiert und die nötige Zusammenarbeit zwischen dem Justizminister, dem Kriegs-, Marine- und Kolonialminister herzustellen. Die Nachfolge als Generalinspektor des französischen Heeres tritt der bisherige Chef des Großen Generalkommando, M. de la Motte, an, der eine Zeit lang u. a. die Rheinarmee kommandiert hat.

Ein Nachkomme Shakespeares im englischen Parlament.



Geoffrey Shakespeare.

der frühere Sekretär Lloyd George und jetziges Parlamentsmitglied, behauptet, ein Nachkomme des großen Dichters William Shakespeare zu sein. Er wird es demnach in einem sensationellen Prozeß zu beweisen haben.

Rülz, Oberbürgermeister von Dresden.

Das kleinere Vebel gegenüber dem Industriellen-Syndikat.

Dresden, 10. Febr. (Eig.) Der frühere Reichsinnenminister Dr. Rülz wurde am Montag mit dem Stimmen der Sozialdemokratischen Partei zum Oberbürgermeister von Dresden gewählt. Die Reichsparteien stimmten für den Schwerindustriellen-Syndikat Dr. Wolf-Duisburg. Der kommunistische Stadterwerbsrat Scholz-Berlin erhielt nur sechs Stimmen der SPD. Dr. Rülz war im Kabinett Marx Reichs-Innenminister. Er ist der Vater des Befehls gegen Schand und Schmach. Ammerich hat Dr. Rülz im Laufe der letzten Monate eine geistige Auffassung gezeigt, die seine Wahl verständlich erscheinen läßt.

Josif Pilsudski.

Am Mittelpunkt wirtsch. und politischer Kämpfe in Polen stand in letzter Zeit besonders Josif Pilsudski, dessen Wandlung von Sozialisten zum Gegner der Demokratie die Welt nicht recht verstehen kann.

Die letzten Jahre haben für die Arbeiterchaft in Polen eine Befreiung ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage gebracht. Noch heute ist die politische Arbeiterchaft die am stärksten begabte in Europa und besonders in letzter Jahre hat eine Befreiung des politischen Rechtes des Volkes in einem Maße stattgefunden, was es nur in Ländern mit sozialistischen Regierungen feststellen werden kann. Sondern, daß diese Ermächtigung von einem Manne gefördert wurde, von dem man überall annahm, er sei Sozialdemokrat. Dieser Mann, Josif Pilsudski, hat wohl in den Reihen der politischen Sozialisten führend getätigt, daß er aber ein Sozialist nach unseren Anschauungen gewesen wäre, muß heute bezweifelt werden, denn seine ganze politische Betätigung läßt erkennen, daß er lediglich die wirtschaftlich Inanspruchnahme für die nationale Sache Polens gewinnen wollte und daß er sich deshalb unter die Bauern und Arbeiter bog, — sein Sozialismus — wenn man seine Auffassung so bezeichnen will — war nur eine zeitliche Verteidigung seines politischen Patriotismus. Das sehen auch Rosa Luxemburg erkannt zu haben, als sie Pilsudski P.P.S. (Polische Partei Sozialistische, die politische sozialistische Partei) unter seiner Führung nicht in guten Händen glaubte und deshalb eine besondere Sozialdemokratische Partei für Litauen und Polen im Jahre 1903 ins Leben rief.

Das bisher vorliegende biographische Material über Pilsudski bezieht vor allem das Pilsudski-Wirbelsystem, um die Restauration Polens zu erreichen. Hier nicht als Mitglied nützte er am 19. März 1887 zu Gdansk (Gouvernement Warschau) geboren. Pilsudski aus. Er war ein tüchtiger, jeder Vorkrieg und jede Methode gekundener. Als einmal ein Abgeordneter der russischen Duma in Warschau (Warschau) in ein Chartow, wo er Medizin studierte, aufsuchte, um ihn zu einem Altkameraden des Jaren Alexander III. zu bewegen, lehnte Pilsudski ab, weil er noch vornehmlich jede russische Regierung über Polen mit Mißtrauen betrachtete. Diese Ablehnung bewährte ihn nicht vor der Strafe; er wurde 1887 auf fünf Jahre nach Sibirien deportiert. Nach Beendigung der Strafe kehrte Pilsudski nach Warschau zurück und vernahm die Kunde von der Gründung der P.P.S. in Paris. Er wurde der erste Vertreter der sozialdemokratischen Zeitung „Robotnik“. Das war im Jahre 1894. Im Februar 1900 wurde Pilsudski wegen seiner politischen Betätigung von russischen Gendarmen verhaftet und nach der Warschauer Gendarmen gebracht. Man überführte ihn aber, da er sich verteilt hatte, in ein Militärhospital, aus dem er entlassen und unerwartet kratzbar erziehen konnte. Schon damals sprachte Pilsudski mit dem Gedanken, eine demokratische politische Partei zu schaffen. Sie sollte vorerst nur eine Organisation der Arbeiterchaft in Warschau-Polen sein. Dementsprechend hat die Arbeiterchaft in Warschau-Polen eine Partei gegründet, die für eine Autonomie Polens sein würde. Aber Pilsudski wollte die Gelegenheit — da die Polen fast die völlige Freiheit gebracht hätte — nicht bemerken, sondern er trat nun nach Ausbruch des russisch-japanischen Krieges mit Japan in Verbindung und bot den Japanern eine Injurantenarmee als Hilfe gegen Rußland an. Diese Injurantenarmee wollte Pilsudski erst aufstellen. Seine Reise nach Tokio hatte keinen Erfolg, denn die Japaner ließen sich auf solche Bedingungen nicht ein, weil sie den Sieg über Rußland an sich selbst schon in der Tasche hatten. Im Jahre 1905, während der russischen Revolution hatte Pilsudski seine betrübende „Reise“, die Vorzüge seiner Begonnen, gegründet; diese Kampftruppen hatten erfolgreiche Zusammenstöße bei den Straßenkämpfen mit den Kosaken in Warschau, raubten russische Eisenbahnen aus und plünderten die Eisenbahnpost um weitere Mittel für die Mannschaften zu erhalten. Es entstanden dann in den nächsten Jahren mehrere solche Kampfverbände, unterteilt von den Polen im Ausland. Es ist bekannt, daß Pilsudski zu Beginn des Jahres 1914 in Paris die polnischen „Sozialisten“ einlud. Er hielt eine Rede, in der er zum Ausdruck brachte, daß die polnische Frage seit dem Zusammenbruch des Reiches von 1893 erloschen sei; es sei nur möglich, ihr wieder eine Bedeutung zu geben, wenn Polen selbständig würde und im Rate der Völker etwas zu bestimmen hätte. Schon damals legte er großes Vertrauen auf Frankreich und war ein scharfer Gegner der Polenpolitik, wie sie die Zentralmächte führten. Daß er auf Deutschland sehr scharf zu sprechen kam, ist bei der kaiserlichen Polenpolitik nur leicht zu verstehen. Seine Ansicht war, Polen würde vom Regen in die Traufe kommen, wenn ein von Deutschland oder Deutschland regiertes Polen zustande käme.

Das im Jahre 1914 gegründete „Polnische Nationalkomitee“ dem das Komitee Bodenrecht folgte, stellte die Fortsetzung der polnischen Kampftruppen gemeinsamen Politik dar, die sich zwei Jahre später durch Frankreichs Hilfe für Polen — 1500 Offiziere und Unteroffiziere Frankreichs waren zum polnischen Generalkommando abkommandiert und ermöglichten wohl erst Polens Sieg über die russische Note Arme — praktisch auswirkte. Immer mehr war Pilsudski von den Grundrissen seiner Partei abgewichen. Er verwarf vollständig die Arbeiterchaft, die auf ihn wartete und großes von ihm erhoffte. Sie mußte zu seinem Gegner werden, weil er für soziale Dinge überhaupt nicht zu haben war. Nach 1922 erhielt man bei der Lebensarbeit Oberflächlich durch Polen, daß Pilsudski man bei der Lebensarbeit wurde. Als er in Kontakt ankam und die Kräfte bekämpfen hatte, drangen Arbeiter durch die Absperrung vor, spannten die Herde aus und jagen Pilsudski durch die Straßen nach dem Platz vor dem Theater, wo die große Festschicht und der Paradezug der polnischen Truppen stattfanden.

Das Vertrauen der polnischen Arbeiterchaft zu Pilsudski mußte infolge seiner antiparlamentarischen Haltung immer mehr schwinden. Und wenn er heute noch nicht den Schritt zur Diktatur und zur Befestigung des Parlaments gehen hat, dann wohl nur, weil er sich bewußt ist, daß er ohne die Zustimmung der polnischen Arbeiterchaft seine Ziele nicht erreichen hätte. Demnach haben die polnischen Arbeiter alles unterlassen, was die Selbstständigkeit ihres Landes herbeiführen könnte. Sie waren es in erster Linie, die in dem jahrelangen Befreiungskampfe die größten Opfer brachten. Man kann deshalb verstehen, daß sie die Schwelung und den Verrat Pilsudski mit einem scharfen politischen Kampf beantworteten. Aus dieser Situation heraus müssen die letzten scharfen politischen Kämpfe in Polen von uns beurteilt werden. Wilhelm Kriegermann.

Wirtschaftskämpfe in England.

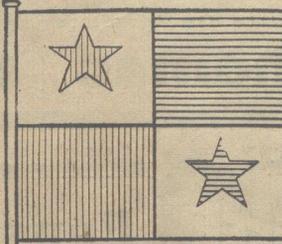
400 000 Zentler drohen.

London, 9. Febr. (Eig. Draht). Die Weber-Aussparung von Manchester dauert bereits die vierte Woche an. 220 000 Weber liegen auf der Straße. Einschließlich der durch die Schließung der Webereien automatisch hilfslos gewordenen Spinnerarbeiten sind jetzt rund 400 000 Weber betroffen. Diesen hier vermerkt sich täglich um Tausende. Auf keiner Seite zeigt irgend eine Verhandlungsbereitschaft. Zu Beginn der vierten Woche ist der Kampf erbitterter denn je. Alle von den liberalen bürgerlichen Vätern an die Adresse der Unternehmer gerichteten Ermahnungen sind fruchtlos geblieben. Dementsprechend verhält sich gleichzeitig die Stimmung der Aussparenden und Beschäftigten.

„Nationale“ Schiffsreederei.

Sie verzichten auf die schwarzweißrote Flagge, wenn sie sich von den Soziallasten drücken können.

Die Hamburger Reederei J. Bogemann stellt ihre Schiffe unter fremder Flagge. Der Grund zu dieser betreffenden Maßnahme soll darin zu suchen sein, daß bei Schiffen unter fremder Flagge die sozialen Lasten sowie die steuerlichen Abgaben geringer sind.



Die Flagge von Panama.

Der Verband deutscher Schiffingenieurvereine befaßt sich in einer Zuschrift an die Presse mit diesem Fall und schreibt u. a.: Der Dampfer „Wogland“ der Reederei J. Bogemann, der in regelmäßigen Frachtdiensten nach dem Golf von Mexiko verkehrt und vor einigen Tagen wieder in Hamburg eingelaufen ist, hat jetzt die deutsche Flagge gelassen und soll künftig unter der Panamaflagge fahren. Der Besatzung war vor dem Einlaufen des Schiffes telegraphisch getündigt worden. Im Sanitär wurde ihr dann freigestellt, unter der neuen Flagge an Bord zu bleiben. Als Be-

dingung hierfür wurde aber die Einwilligung zu einer 25prozentigen Kürzung der Steuer verlangt. Durch den Flaggenwechsel fällt für die Reederei Bogemann der Zugang zur Sozialversicherung der Besatzung mit auch zur Befreiung des Schiffes nach den deutschen Vorschriften weg. Das Schiff steht nicht mehr unter der deutschen Beflaggung. Dadurch macht der Reederei gegenüber anderen deutschen Reedereien bedeutende Ersparnisse. Wir können hier allein an Gehältern und Soziallasten ohne die steuerlichen Ersparnisse auf 44 Tonnen der normalen Beflaggung, nämlich 25 Prozent Ersparnis an Gehältern, 10 Prozent an Versicherungsbeiträgen und 9 Proz. durch Einschränkung des Personals. Die Offiziere und Mannschaften werden rechtlos, weil sie unter der neuen Flagge weder einem Seemannsgeld noch etwa einem Tarif — Panama kennt beides nicht — unterliegen und ihre in Deutschland bisher erworbenen Ansprüche aus den Sozialversicherungen nur durch freiwillige Fortsetzung der Versicherungen aus eigenen Mitteln aufrecht erhalten können.

Diese Schiffunternehmer nennen sich dann national und haben am 14. September wohl hinter gelächelt. Hoffentlich läßt man dieser Vaterlandslosigkeit keine Gelegenheit.

Rein Zweifel, daß ein Stütz Deutschland, wenn man so sagen will, über ihr Verhalten die Reederei Bogemann aus reiner Profitgier verurteilt hat. Es ist daher nicht erlaublich, daß in Kreisen der Arbeitnehmer der Seeschiffahrt helle Empörung über dieses Verhalten ausgebrochen ist.

Die Mannschiff verläßt das Schiff.

Hamburg, 9. Februar. (Eig. Draht). Die Mannschiff des Dampfers „Wogland“ der Hamburger Reederei Bogemann hat das Schiff inzwischen bis auf den 1. Ingenieur verlassen. Die Mannschiff lebte es ab, auf die ihr zugemessene Freibetätigung der Wölfe einzugehen. Der inzwischen fällig gemordete Sohn wurde der Beflaggung ausgehakt.

Das begehrte Reichsbanner.

Ein Nazi-Schmiedel im Reichstag.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Frank II hat am Montag im Reichstag behauptet, ein Teil des Reichsbanners in Ludwigsbafen sei zu den Nationalsozialisten übergetreten. Das ist ein alter und längst widerlegter nationalsozialistischer Schwindel. Nicht ein einziges Mitglied des Reichsbanners in Ludwigsbafen hat den Lebertritt vollzogen.

Dem Märchen liegt folgender Laibland zugrunde: Das Reichsbanner in Ludwigsbafen hat zu seinen Berufsanstellungen mandamental eine Berufsmutterkapelle zugezogen. Die Nazis vertrieben diesen Berufsmutterkapelle, die mit dem Reichsbanner gar nichts zu tun haben, einen höheren Lohn, wenn sie bei Nazi-Berufsanstellungen mitwirken würden. Ein Teil der Berufsmutterkapelle hat sich darauf eingelassen, gegen entsprechende Entschädigung auch bei der Nazis Arbeit zu machen. Ein Teil der Berufsmutterkapelle hat nicht einwilligen Entschädigung lassen können. Das Reichsbanner hat mit der ganzen Sache nichts zu tun.

Fünftage-Wochenkarten bei der Reichsbahn.

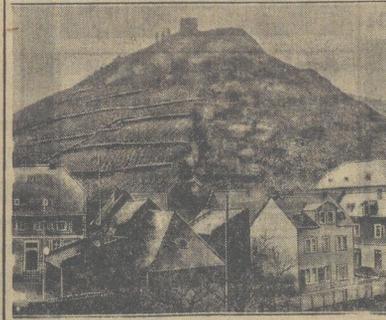
Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zur zweiten Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums folgende Entschädigung eingebracht: „Der Reichstag sollte beschließen, die Reichsbahnregierung zu erlauben, auf die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn einzuzwängen, damit in den Fällen, in denen Arbeiter durch die Einführung der Fünftage-Wochenkarten nur an fünf Tagen tun können, für fünf Tage geltende und entsprechende verlässliche Wochenkarten ausgegeben werden.“

Ein Steuerhieb in Frankreich.

Paris, 9. Februar. (Eig. Draht). Die Steuerhieb des Pariser- und Geringverdienenden Gesetz sollen nach Angaben der französischen Liga für Menschenrechte von der parlamentarischen Untersuchungskommission unter die Lupe genommen werden. Coix ist 1920 mit zehn Millionen zur Kriegsgewinnsteuer veranlagt worden. Es gelang aber nicht, ihn zur Zahlung zu bewegen. Gewöhnliche Strafen werden von der Steuerverwaltung einfach gespart. Ein Coix konnte dagegen einen Steuerhieb von 7 Millionen durchdrücken und für die restlichen drei Millionen einen Zahlungsaufschub bis Februar 1930 erhalten. Angeblich kann man Coix nicht finden. Seine Wohnungen und Fabriken hat er als Miethausgeboten ausgegeben und bewohnt eine möblierte Wohnung in einem Hotel. Sein dortiger Besatz ist auf dem Namen seiner Frau eingetragen.

Gandhi, Nehru und neun andere Delegierte der Londoner Konferenz trafen am Montag zu einer vier Stunden dauernden Aussprache zusammen. Das Ergebnis wird gefeiert gehalten.

Ein gefährlicher Berg wird abgetragen.



Die Stadt Lorch mit dem Berg Hellig in Hintergrund.

Seit über zwei Jahren schwebt das Rheinisch-ländische Lorch in der Gefahr, durch den Abruch des Hellig abgetragen zu werden. Jetzt hat man sich entschlossen, den Berg einfach abzutragen. Die etwa 1400 Kubikmeter Gestein werden zum Bau einer Meerstraße verwendet werden.

Amerika spart am Militär.

Washington, 9. Febr. (Eig. Draht). Der neue Militär- und Marine-Etat der Vereinigten Staaten zeigt eine Ausgabenminderung um 7282 000 Pfund Sterling (146 Millionen Mark). Vier Schlachtschiffe werden aus der Flotte zurückgezogen. Die Marineflotte wird um 500 Mann vermindert.

Dom Stiefhohn und Schwiegerkinder erschlagen. In der Nacht zum Montag wurde in Pappenburg der 55jährige Biermeister des Landwirt Hahnke von seinem Stiefsohn und seinem Schwiegerkinder erschlagen. Im Vorhinein waren alle Familienmitglieder, unter denen ein höchstes Einvernehmen herrschte, beschuldigt. Nachdem die Familie reichlich dem Alkohol zugeprohen hatte, führten sich der Stiefsohn und der Schwiegerkinder auf Hahnke und erschlugen ihn mit einem Beil. Er war sofort tot. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft steht auch die 45jährige Ehefrau des Getöteten. Sie und die beiden Mörder wurden verhaftet.

Letzte Nachrichten

(Gleises Jank- und Drahtberichte)

Weiterer Abbau im Ruhrbergbau.

Dochum, 10. Febr. (Eig. Draht). Im Ruhrbergbau droht eine neue Arbeitslosen. Sicheren Berechnungen sollen auf der Zeche Friedrich der Große in Herno 1000 Arbeiter und 40 Angestellte entlassen werden. Auch auf den Rheinbafens- und Weller-Schichten des Steinkohlebaus bei Gladbeck sollen insgesamt 500 Mann und auf den überigen fünf Schichten ebenfalls 300 Mann entlassen werden. In Dortmund protestierte der Betriebsrat gegen die beschlossene Entlassung der Zeche Ruff, der Harpener Bergbau-M.G., die wegen finanzieller Schwierigkeiten stillgelegt werden soll. Auch hier werden über 1000 Arbeiter drohen.

Aufgedecktes Waffenlager.

Karlsruhe, 10. Febr. (Eig. Draht). Auf einem Feld bei Karlsruhe wurden in der Nacht zum Dienstag ein großes und ein kleines Waffengeheiß und 15 Karabiner gefunden. Die Polizei hatte eine Untersuchung eingeleitet. Wie man hört, hat ein Bürger der Nazis der Polizei das Lager verraten. Angeblich sollen die Waffen von Kommunisten stammen. Man vermutet aber, daß sie im Besitz von Nationalsozialisten waren, die sich vor einer Entdeckung fürchteten und deshalb das Lager selbst verraten haben, um die Kommunisten zu belasten.

Ausland nimmt an den Europa-Beratungen teil.

Genf, 10. Febr. (Eig. Draht). Die Sometregierung hat die Einladung der Studienkommission für die europäische Einigung zur Teilnahme an deren Arbeiten angenommen. In der Antwort Stimmens an den Generalsekretär des Völkerbundes wird erklärt, daß die Sometregierung sich ihre endgültige Haltung zu den ferneren Arbeiten der Kommission vorbehaltlich, bis sie die notwendigen Aufklärungen erhalten und selbst die Art der Maßnahmen, die einladenden Parteien der Kommission studiert habe.

Eine französische Großweberei eingeehert.

Paris, 10. Februar. (Telefun). In Tignesville wurde am Montag eine Großweberei von einem Feuer vollkommen zerstört. Das Feuer breitete sich mit ungeheurer Beschleunigung auf sämtliche Maschinen der Webererei aus und hatte gegen Nachmittag einen Umfang angenommen, der das Eingreifen des größten Teiles der Viller Feuerwehrt notwendig machte. Erst als sämtliche Gebäude hauptsächlich unter Wasser gesetzt worden waren, gelang es, den Brand zu löschen, der in den riesigen Vorräten von Baumwolle und Wolle immer wieder neue Nahrung fand. Der Sachschaden betrug sich auf über zwei Millionen Franken.

25 Schiffe im Finnischen Meerbusen von Eis umflammt.

Reval, 10. Febr. (Telefun). Nach Helsingfors und hiesigen Nachrichten liegen bei der Insel Soanand im Finnischen Meerbusen 25 Schiffe verschiedener Flaggen in schwerer Eisverhaftung fest und sind bisher vergebens bemüht gewesen, sich aus der Eismassierung zu befreien. Sämtliche Dampfer sind auf dem Wege von Reval nach dem Westen stecken geblieben. Wie aufgegebenen Funkprüche der Dampfer berichten, gehen auf den Schiffen die Kohlen- und Lebensmittellieferungen zu Ende, so daß man hier um das Schicksal der Dampfer besorgt ist. In Reval herrscht außerdem große Besorgnis um das Schicksal des seit drei Tagen überfallenen deutschen Großdampfers „Rosa“, von dem bisher jegliche Nachricht fehlt.

Nicht einen Pfennig für ein Brot

dürfen Sie mehr zahlen, wie bei mir:

1 Bäckerbrot 3 Pfund schwer, 60% ausgemahlen Stück	44 Pf.	1 Pfund Delikateß-Sülze in Dosen	45 Pf.
1 Pfund fetten geräucherten Speck dick, deutsche Ware	85 Pf.	1 Pfund gute Rohwurst	80 Pf.
1 Pfund deutsches Schmalz reines Schweineschmalz	56 Pf.	1 Pfund harte Bratwurst (schnittfest, Mein Schläger)	105 Pf.

Wegen des großen Andranges bitte die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen!

Konserven-Thomas / Martiniplan Nr. 22

Für die überaus herzliche Teilnahme beim Gejange unferer lieben Entfchlafenen jagten mir allen Freunden und Bekannten, Jofine Herr Schult und insbefondere Herrn Lehrer Schan und den Mitfchlülerinnen der Volkshule I, Klaffe 4 b, unferen herzlichften Dank.
In tiefem Schmerz:
Carl Franke und Frau.

Stadt-Theater

Dienstag, den 10. Februar, 20—22¹/₂ Uhr:
Der Mann, den sein Gewissen trieb
Schauspiel von Maurice Rostand, deutsch von Karl Lerbs (0.50 bis 3.60)

Mittwoch, den 11. Februar, 20—22 Uhr:
Vorstellung für das Stadttheater! Ermäßigte Preise!
„Viktoria und ihr Husar“
Operette von Abraham (0.50—3.60)

Nach dem großen Erfolg des ersten Abends

noch einmal
Seni
Auf vielfachen Wunsch im **Klein-Stadtparkaal** Freitag, 13. Februar, abds. 8 Uhr Der Hellscher und Telepath von Wulfruf (Er trat 4 500 mal in 3 Erdteilen auf.
U. a. s. Die Zukunft Deutschlands Die kommenden Ereignisse Astrologie — Sprache unserer Hand — Neue Wege zum Erfolge Heilsehen — Telepathie Ahnungen. — Ganz neue Gebiete. Verblüffende Ausführungen. **Fabelh. Experimente.**
Karten: 2.50, 2.—, 1.50 u. 1.— bei Erich Schröder, Breiteweg 29

Billig!

Richters Fischzentrale
Hoheweg 4 Eingang Dominikanerstraße
Täglich frische Seefische
grüne Heringe
ff. Räucherwaren



Künstler-Gardinen
aus Tüll, Steilg., neue Muster Fenster 975 780 490

Künstler-Gardinen
3teilig, starkfärb. Ware, in neuen Zeichnungen, Fenster 1550 1350 1175

Künstler-Gardinen
3teil., ecru, Gittertüll u. Marquisette, mit Fransen, neuart. Fensterdekor., Fenster 2250 1875 1175

Neue farb. Vorhänge
Stell., besond. vorteilhaft in ganz neuen Must. Fenster 1650 1250 875

Anfertigung von Gardinen in eigenen Werkstätten Eigene Dekorateur Fachmännische Beratung

WILH. HEINSIUS
HALBERSTADT

Ausstellung: Schaufenster Martiniplan 19-21

Neue Fenster-Vorhänge

zu besonders billigen Preisen!

Halbstores weiß u. ecru, mit Seidenfransen Stück 1150 780 475

Halbstores eleg. Ausföhr., beste Qualität in neuesten Mustern Stück 1875 1650 1475

Halbstores Meterware, der Store für alle Fensterbreiten, große Auswahl Meter 575 330 285

Neue Schwedenstreifen indanthrenfarbig, in groß. Auswahl Meter 120 95 85

Spannstoffe ecrufarbig, 150 cm br., neue aparte Muster, Makro und Kunsidside Meter 450 420 390

STADTPARK

Wittwoch, 11. Februar und Donnerstag, 12. Februar:



Hierzu ladet treundlichst ein
Freig Schade.

Arb. - Schützen - Verein Halberstadt

Am Sonntag, den 14. Februar, 20 Uhr, findet in den herrlich dekorierten Räumen des „Schützentravell“ unser diesjähriger

Masken-Ball

unter Mitwirkung des Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Freiheit statt.
2 Musik-Kapellen! 2 Musik-Kapellen!
Humor! Stimmung! Lachen ohne Ende!
Herrliche Kostümlänze! Musikalische Clowns!
Neu! Großer Stierkampf in offener Arena! **Neu!** andere Ueberraschungen!
Vorverkauf: Zuschau. 0.50, Masken 1.— Mk. Vorverkaufsstellen siehe ausliegende Plakate!
Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen!

„Bur süßen Ede“, Schmiedestr. 21

Morgen Mittwoch:
Schlachte - Fest
L. Schümann

Kaffee Kaiserhaus MODENSCHAU

DER ELEGANTEN WELT

Donnerstag, den 12. Februar und Freitag, den 13. Februar nachmittags 4 Uhr und abends 8¹/₂ Uhr

Fürstin Idanoff Wally Lorenz

zeigen Wiener Frühjahrs-Modelle 1931

Deutsche Staatspartei, Ortsgruppe Halberstadt

Haupt-Versammlung
am Mittwoch, 11. Februar, 20.15 Uhr, im „Harmonie“-Restaurant.
Nach dem geschäftlichen Teil:
Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten, Fabrikant **Hauff**, Major a. D., über: **„Retter von 1918 und 1931“**
Mitglieder und Wähler der Deutschen Staatspartei willkommen
Der Vorstand. L. A.: Tröbst.

REKLAME-PLAKATE in jeder Größe u. Ausführung
ATELIER RUPRECHT
Schuhstraße 9

3 PS Herren Anzüge kommen!
Ab Freitag erhältlich!

Gemeinde-Abend St. Johannis.

Sonntag, den 22. Februar 1931
19¹/₂ Uhr im „Einkum“
Musikalische und andere Vorträge
Ein lustiges Märchenpiel:
„Der Jungbrunnen.“
Vortragslokalen, die zum Eintritt berechtigen, für Mk. 0.50 (einzigl. Kaffeevermittlung) im Pfarrhaus, Weidendorf 20, bei den Kassenamtinnen, Weidendorf 17—18, bei Krummert und in den Buchhandlungen Beunne und Steinert.

Merz'sche Salbe gegen Fiechten, Meerschweinchen, Wasserreinigungsmittel
Kats-Apothek

Möbel-Gelegenheitskauf!
Modernes Speisezimmer, modernes Schlafzimmer und Küche
besonderer Umstände halber spottbillig zu verkaufen. Zu erf. in der Geschäftsst. d. Ztg.

Ernst Martini-Salbe gegen Hautschäden u. offene Wunden.
Katzenapotheke.

Werbewochen für chemische Reinigung

vom 9. bis 21. 2. 1931
Preise sind bis 15% ermäßigt!
Die **Werbewochen** sollen beweisen, wie **sachmännische chemische Reinigung, sachgem. Behandlung, Qualitätsarbeit**, die Kleidung erhält und dadurch Geld erspart wird. Die **Werbewochen** sollen Arbeitsentlassungen verhüten.
Lassen Sie **damit jetzt** die Frühjahrsgarderobe reinigen.
Die Halberstädter Färbereien und chemischen Wasch-Anstalten.
Krawehl - Karub. Kuffner. Segebecht.

Gegen kalte und nasse Füße
Einlege - Sohlen
böwen-Drogerie
Walter Rathenaustraße 60.

Sosialistische und sozialpolitische Grundfragen der weltlichen Schule.
Nach Vorträgen von Prof. Max Adler und Dr. Kurt Löwenthal.
Preis nur 30 Pf.
Verhandlung
Salbestädter Tageblatt

Billig!
Täglich früh ab 9 Uhr:
grüne Heringe
des Hefts vom Deften.
Frische Seefische.
Flet, Stint
Diele, Brautfische
Fisch - Börse
Martiniplan 8.

Matulatur
zu haben im Halberstädter Tageblatt

Aus Wehrstedt

Die Parteimitglieder befristeten sich am Mittwoch an der Jahreshauptversammlung des Reichsbanners, die um 10 Uhr bei Raetz stattfand. Es wurden wichtige Beschlüsse gefasst. Vollständiges Erscheinen ist daher Pflicht.

Aus Okerwitz

ans. Aus dem Gewerkschaftsleben. Die Ortsgruppe des Fabrikarbeiterverbandes hatte am Samstagabend zu einem Jubiläum im Ratsgarten eingeladen. Am Austrage der Gabelung begrüßte Kol. Lohmann die zahlreich Erschienenen. Er gab einen kurzen Überblick über das Werden des Verbandes der Fabrikarbeiter, dessen größter Erfolg es ist, daß der Gründer der Mittellage August Brey immer noch Vorsitzender dieses großen achtjährigen Verbandes ist. Die Mitgliedschaft hat einen nachlässigen Eindruck hinterlassen. Man sieht in dem Film „Mittellage“ die wahren Helden der Arbeit, die Kämpfer der Arbeiterfront, wie sie in ihren erkrankten Hüllen haufen, unterteilt um Unternehmern in der sogenannten „guten alten Zeit“, als die Unterdrückung der Arbeiterkraft vom Staat und Unternehmern Hand in Hand durchgeführt wurde. Die elenden Koffern der Arbeiterfamilie, die verhärmten und vom Hunger getriebenen Besessenen der Frauen und Kinder sind beredte Zeugen der großen Not, welche diese Armeiten erdulden. Dieses Jubiläum ist für sich nicht befreiend, sondern man muß sich hin ansehen. Unter diesen Umständen fand am Freitagabend eine von den freien Gewerkschaften einberufene öffentliche Bürgerversammlung statt. In den Begrüßungsworten wies Genosse Karl Sadtler auf die große Not der Erwerbslosen und Wohlstandserhaltungsmaßnahmen hin. Er appellierte an das soziale Verständnis der freien Gewerkschaften und bat im Interesse der freien Arbeiterfront, den Preisabbau durchzuführen. Es mußte den Preisern, Vätern, Frauen und in einigen anderen Berufen möglich sein, die Preise herabzusetzen. Die bisherigen Erfolge der Preisregulierungskommission waren ziemlich negativ ausgefallen. Der Redner führte aus, daß, falls die Gewerkschaften kein Entgegenkommen zeigen würden, die Gewerkschaften zur Selbsthilfe gezwungen würden, und eine eigene Verkaufszentrale gründen würden. Die Wandwirtschaft sollte eine eigene Verkaufsstelle für Wandwirtschaftliche Produkte schaffen, damit der Wandwirtschaft die Erzeugnisse gewinnbringend absetzen kann und auch die Käufer unter Aufschaltung des Zwischenhandels billiger einkaufen können. Nach einer heftigen Debatte wird vom Vorsitzenden der freien Gewerkschaften der Preisregulierungskommission, der Wandwirtschaft und der Gewerkschaften zusammenzutreten zu lassen, um auf diesem Wege Abhilfe zu schaffen. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. Die Beschlüsse sind für alle Beteiligten befristendes Ergebnis haben.

Aus Halberstadt

Stützende, 9. Februar. Wir berichten kürzlich von einer im engeren Kreise stattgefundenen Tagungsversammlung. Heute können wir mitteilen, daß hier eine Resolution verabschiedet, die auch schon über vier „braue E.L.-Beute“ verfügt. Die Nazis wollen schon den Kampf gegen die Marginalen führen. Es ist gut, daß wir von deren Vorhaben genau unterrichtet sind. Wir führen den nächsten Kampf gegen den Reichsroman. Zu diesem Zweck findet am Samstag, den 14. Februar, in der Volkshochschule die Fortsetzung einer Kundgebung statt. An dieser wird in Wort und Bild das faschistische Reich dargestellt. Anschließend, erscheint alle zu dieser Kundgebung.

Denenburg, 10. Februar. Ein Unfall. Der Pfleger W. Reich wurde beim Aufsteigen von einem Pferd zum Verkauf, das das Viehgehege war, das Meßer ab und schmitz sich am Dammen der linken Hand. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Ein Mitglied der Arbeiter-Samariter-Kolonie legte den Notverband an. — Die Aufnahme der zu Eltern häufigen Kinder findet am Donnerstag, den 12. Februar, von 9 Uhr vormittags im Rekrutentempel der Schule statt. Schulpflichtige werden alle Kinder, die in der Zeit vom Juli 1924 bis 30. Juni 1925 geboren sind. Es werden auch noch aufgenommen die Kinder, welche bis zum 30. September d. Js. das 6. Lebensjahr erreichen. Der Impfschein ist mitzubringen. Die nicht zu Denenburg Geborenen ist auch der Gesundheitschein mitzubringen. Da eine ärztliche Untersuchung stattfindet, soll ein etwaiges Familienmitglied die Kinder begleiten. — Sportartikel. — Am Sonntag hielt das Kartell die Generalsekretärversammlung ab. Genosse Wegener gab einen Überblick auf das verfloßene Jahr und die Arbeit, die das Kartell geleistet hat. Die Mitgliedschaft hat sich auch unter den Vereinen bemerkbar gemacht. Die Arbeiter-Samariter-Kolonie hat dem Kartell wertvolle Dienste geleistet. Die Arbeiter (Kassierer) hat den Kassieren. Das alles in Ordnung war, wurde ihm Entlassung erteilt. Ein Kassierenbestand von 16.25 Mt. ist vorhanden. In den Vorstand wurden gewählt: zum 1. Vor. Fr. Wiedemann, zum Stellvertreter R. Wegener, zum Kassierer L. Otto, zum Schriftführer O. Waidjoch, Kassieren-Revisor H. Wiedemann, Kassierer-Revisor E. Wiedemann. Die Sportplatzfrage ist ein Schmerzpunkt der Vereine. Es soll mit allen Mitteln versucht werden, einen neuen Platz oder eine Verbesserung des jetzigen Platzes beim Magistrat zu bewirken.

Aus Okerleben

a. Sozialdemokratische Partei. Unsere Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 11. Februar, abends 20 Uhr, im Stadtpark statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Stellungnahme zum Regierungsbeschluss, Beschlüsse zur Wandwirtschaft. Wir erwarten das vollständige Erscheinen unserer Mitglieder.

a. Autounfall. Am Samstagabend ereignete sich auf der Schermer Chaussee kurz vor Okerleben ein Autounfall, der leichtschwerere Folgen hätte zeitigen können. Ein hiesiger Einwohner, der beim Trinken des Guten zu viel getan hatte, verlor seine Kontrolle über die Straße auszuweichen. Das Auto des Fleischermeisters Schweinigen aus Schermer, parkierte die Straße. Der Fahrer sah die auf der Straße liegende Person nur rechtzeitig, bremste hart an und fuhr dabei in den Gussaufsteigen. Beinahe haben beständig immer Glück. Dieser wurde nur ganz leicht verletzt, während der Wagen jedoch schwer beschädigt wurde. Von den Ursachen des Unfalls ist niemand befragt worden.

a. Silberhochzeit. Am heutigen Dienstag können der Amalthea Friedrich Denecke und seine Ehefrau, hier, Bruderschaft 26 wohnhaft, das Fest der silbernen Hochzeit begehen. Wir wünschen dem Jubelpaar von dieser Stelle aus einen gesunden und frohen Lebensabend.

a. Wohnungs-Zwangswirtschaft. Der Magistrat weist in seiner heutigen Bekanntmachung erneut darauf hin, daß alle freierwerbenden Wohnungen, sobald sie in der Zwangswirtschaft unterliegen, vollständig innerhalb der freien und freierwerbenden des höchsten Wohnstandes gemietet werden müssen. Die eigene Verfügung über die Wohnungen ist rechtswidrig. Mieter und Hauswart haben bei selbständigen Vorgehen Strafen zu erwarten.

a. Die erste Sitzung der Stadtratskommission im neuen Jahre findet am kommenden Freitag 20 Uhr im Sitzungssaal statt. Die Tagesordnung sieht vor den Dingen die Neubildung des Vorstandes der Verammlung sowie der Ausschüsse vor. Darüber hinaus stehen noch kleinere Vorlagen zur Beratung.

a. Sind die Nazis noch normal? Welche Ausmaße die hinnerbrachten Ideen der Nazis annehmen, wie sie sich politisch an den hiesigen Verhältnissen der Menschheit stump vorübergeben, bemerkt ein Inseter, welches in der vergangenen Woche in einer hiesigen Zeitung, unterzeichnet von der Ortsgruppe der Nazis, erschien. Ein Mitglied der Partei ist in der vergangenen Woche verstorben. So bedauerlich dieser Todesfall für die Angehörigen ist, so förmlich mutet jedoch auch der Text des Inseters an. Der Betroffene ist verstorben mit einem „hell hinter“ auf den Lippen. Wer bereits einmal Gelegenheit gehabt hat, Tobesfälle in der eigenen Familie zu erleben, weiß, daß Schmerztrauer bestimmt andere Gedanken haben. Dem Nazis scheint es aber nichts auszumachen, selbst beredete traurige Fälle für ihre Reklame auszunutzen. Solches Gebahren zeugt sich selbst.

a. Elternversammlung der Kinderfreunde. Am Freitag, 20 Uhr, findet eine öffentliche Elternversammlung im Stadtpark mit Lichtbildern der Kinderfreundeversammlung statt. Eintritt frei. Am Mittwoch um 15.30 Uhr spielt der „Rote Kalpar“ am Halberstadt in der Turnhalle Breitenstraße. Eintritt 10 Pf. G. Erwerbende 20 Pf.

Aus Thale

Die Generalsekretärversammlung der Freireiter nahm die Berichte des Vorstandes entgegen. Es wurden noch die Tagesangelegenheiten, das Fest der Arbeit, das Festmahl und die öffentliche Versammlung behandelt. Die Vorstandswahlen hatten folgenden Ergebnis: 1. Vor. Kurt Mühl, 2. Vor. Heim Rindt, Kassierer Gustav Hartmann, Schriftführer Alfred Denecke, Revisor Gen. Felder und Rikie. Als Sportartikel-Delegierte wurden die Gen. Hartmann und Meißner gewählt. Eine Jugend- und Kinderbewegung soll in diesem Jahre durchgeführt werden. Anmachungen nahmen die Gen. Kurt Mühl, Präsidenten und Gustav Hartmann, Vizepräsidenten, entgegen.

Um die Bürgermeisterei. Wie uns bekannt geworden ist, schon eine nette Anzahl von Bemerkungen um diesen „Rosen“ eingegangen. Die Behörde in den Kreisen der Spielbürger von Thale, daß sich auch schon einige Prominente von den Thaleser „Rosen“ gemeldet haben, trifft, wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, nicht zu. Soziale uns bekannt, hat sich die Fraktion der SPD. überhaupt noch nicht mit der Berichterstattung beschäftigt. Jedemfalls ist es für die Bürgermeisterei nicht sehr leicht, sich in dem richtigen Mann für Thale herauszufinden. Da die Berichterstattung mit dem 15. Februar abläuft, wird das große Sieben bald einen guten Griff.

Unterbezirksrat in Okerleben

Die beiden Unterbezirksvorstände haben beschlossen, den diesjährigen

ordentlichen Unterbezirksrat

für beide Kreise gemeinsam am Sonntag, den 1. März in Okerleben, Lokal „Neuer Kaffeegarten“, Stahlfurter Höhe, stattfinden zu lassen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Politische Lage. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Peter Magdeburg.
2. Berichtsbüchlein. (Pariesekretär Peters-Magdeburg.)
3. a) Anträge zum Bezirksparteitag resp. zum Reichsparteitag. b) Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag.
4. Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag.
5. Wahl der Unterbezirksvorstandsmittglieder.
5. Berichtsbüchlein.

Der Unterbezirksrat setzt sich zusammen aus dem Unterbezirksvorstand und den Delegierten der Ortsvereine. Die Ortsvereine wählen bis zu 200 Mitglieder 1 Delegierten. Für je weitere 200 Mitglieder kann ein Delegierter mehr gewählt werden; Restzahlen über 100 können für voll gerechnet werden.

Die Teilnehmer des Unterbezirksrats haben das Mitgliedsbuch mitzubringen und mit dem Mandat am Sonntagabend abzugeben. Auch die Quader müssen für ihr Mitgliedsbuch ausweisen.

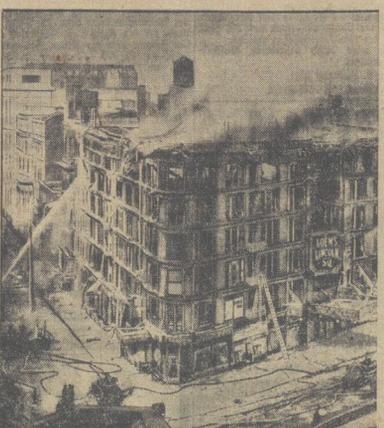
Es wird ersucht, Anträge bis zum 14. Februar, Vorschläge der Arbeitsgebiete für den Unterbezirksrat bis zum 21. Februar dem Sekretariat schriftlich zuzureichen. Die Ortsvereine sind veranlassen die Wahl der Delegierten in demnachst stattfindenden Mitgliederveranstaltungen. Die Tagesordnung des Unterbezirksrats ist in diesen Berichtigungen zu befragen.

Die Unterbezirksvorstände

Aus Quedlinburg

a. SPD-Frauenverein. Am Mittwoch um 20 Uhr findet im Gemeindefausthaus ein Vorbildervortrag statt. Fachliches Erscheinen wird erwartet. Auch die Genossen sind hierzu eingeladen.

Riesiger Kinobrand in Newyork.



Ein ungeheurer Brand wütete kürzlich in einem Kinobau am Newyorker Broadway. Der angeregten Arbeiter der Feuerwehre brannte das Gebäude völlig aus. Die Kinobesucher hatten durch glücklichen Zufall wenige Minuten vor Ausbruch des Feuers das Haus verlassen.

q. Der Stoff ist ausgegangen. Man sollte es nicht für möglich halten, wie dumm von dem Nazis die Anhängerschaft eingeschätzt wird. Infolge großer Sager-Berufung hat es ihnen angefallen und ergreifen im Kreislauf, in der Berührung hatten sie nicht den Mut, das Boot und wollen ihre Wirkung abschwächen. Nun kommt aber ein Interzelle an der ganzen Geschichte. Zuerst den ersten sechs Jahren, die auf die Berührung bezug haben, hat der ganze übrige Teil schon einmal in einem Gemüde der Nazis gefunden. Und zwar in Nr. 6 vom 8. Januar 1931 hielt nämlich im Kreislauf ganz genau daselbe Eingekleid. Da muß man wirklich mit Ben Wied sagen: alles schon dagewesen.

Aus Quedlinburg

Reinhold, 9. Februar. Mitgliederversammlung der Partei. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Berührung des verstorbenen Genossen August Schütz durch Geben von den Hälften. Als Delegierter zu dem am 1. März in Okerleben stattfindenden Unterbezirksrat wurde Genosse Wilhelm Steinede gewählt. Als Delegierter zum Bezirksparteitag in Magdeburg wurde der Arbeitsgebietleiter Genosse Weidling, Wiederbesitzer gewählt. Zu der wirtschaftlichen Postage, Lohnabbau, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, stellt der Ortsverein Reinfeld Anträge auf Abschaffung des Lohnminderungsmaßes der Nazis und der Wochenbeiträge. Diese Anträge sollen durch den Unterbezirksrat an die höheren Instanzen weitergeleitet werden. Gen. B. S. J. d. h. hielt einen Vortrag über die Konsumgenossenschaften und sprach über die Wirtschaft der roten Genossenschaft in Halle, Wertheim und Gotha, welche auf der Leitung der SPD. stehen. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Genosse Wilhelm Steinede sprach über den Deutschen Metallarbeiterverband und die SPD hier in der. Diese Jugendbewegung wird durch Unternehmern in die SPD geraten, aber keine SPD-Kollagen, wie die Tribune, schreibt. Wie diesbezügliche nähere Aufklärung bekommen, können sie zu ihrer Gemeindefest, dem Deutschen Metallarbeiterverband zurück. So schnell wie die SPD hier im Ort ihren Aufschwung genommen hat, so ist sie auch wieder zurückgegangen. Wie von zuverlässiger Seite festgestellt ist, befinden sich auch Mitglieder in der SPD. Das ist so das nächste. — Sportklub Germania hielt am Freitag seine Berührung in der Reinfeldhöhe ab. Zu den Serienfeiern, welche am 15. März beginnen, werden eine Herrenturnier und eine Jugendturnier gefeiert. Zu der Jugendturnierfeier wird am Freitagabend der Sportklub Germania im Saal der Jugendturnierfeier in Halberstadt nehmen die Genossen Otto Wille und Paul Wiedert. Als Leiter der Trainingsabende wurde Genosse P. Wiedert gewählt. Am nächsten beschließt sich die Berührung mit dem bevorstehenden 20jährigen Jubiläum. Dasselbe soll im größeren Rahmen veranstaltet werden. — Frauengruppe der Arbeiter-Wohlfahrt. Freitag, den 13. Februar, abends 20 Uhr, findet die Generalsekretärversammlung in der „Reinfeldhöhe“ statt.

Stadtfest, 9. Februar. Am Samstag fand im „Hofet zum Burmann“ eine Mitgliederversammlung der Reichsroman, der Gruppe Reichsroman stattfand. Als Delegierter zur Kreisgenossenschaft am 22. Februar in Magdeburg wurde der 1. Vorsitzende Karl Wiedert, Reinfeld gewählt. Eine heftige Debatte wurde über die Bekämpfung in Reinfeld geführt. Das bisherige Vereinslokal, zum „Landhaus“ bei Hofstift, ist die Hofung der Mitglieder, in letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Mitglieder befristet und angepöbelte wurden. Die Berührung beschloß einstimmig, das Lokal zu verlassen und wählte sich als Vereinslokal die „Reinfeldhöhe“. Die nächste Berührung findet am Freitag, den 6. März, in Reinfeld in der „Reinfeldhöhe“ statt.

Reinfeld, 9. Februar. Die freie Arbeiterfront und Sportvereinstag hielt am Sonntag im festlich geschmückten Saal des Hofhofes „zur Schänke“ einen Wastabend ab. Obgleich nach 8 Uhr gegen die ersten kältesten Besucher ein. Bald glänzte dann der Saal in weicher Farbenpracht. Es waren sehr schöne Kostime aller Geschmacksrichtungen festzustellen. Auch Pat und Batadon und ein großer Storch waren vertreten. Angefangen waren es über 50 Masken und ein Wastabend hiesern an Aufschwung, so daß ein wirtlicher Hochgefühl in Saal herrschte. Da war es denn aus unparteiischen Besuchern gebildeten Preisrichterleistungen ihrer Zeit, aus dem vielen geschmackvollen Kostümen die besten herauszufinden. Es war eine gemütliche Veranstaltung, bei der auch die vielen fremden Besucher voll auf ihr Rechnung gekommen sein dürften. — Der Schwimmvereinstag hielt am Sonntag im Gemeindefausthaus am Nachmittag eine außerordentliche Generalsekretärversammlung ab. Es wurde über die Vergütung derer Tiere beraten. Vergütet wird jeweils nach dem Wert der Tiere der am Mittwoch jeder Woche herauskommt. Jeder Wert hat dem Mitglieds bis zu einem Wert der Wert übersteigt belohnen werden. Der Mitgliedsbeitrag für die Vergütung derer Tiere beträgt 10 Pf.

Reinfeld, 8. Februar. Eine Gemeindefest, die in der Sitzung kam am Sonntag im „Schmagen Wiedert“ statt. In dieser Sitzung waren die Gemeindefest am Wiedert sehr zahlreich erschienen. Die Gemeindefest nahmen Stellung zu einer Eingabe hiesiger Einwohner auf Abbau eines Lehrsens und der Gemeindefest. Es gab eine heftige Debatte, hatte doch der bürgerliche Gemeindefest Giesfeld zu der Eingabe hiesiger Einwohner, auf der Giesfeld in den beiden Quedlinburger Zeitungen ein Eingekleid losgelassen und die Aktion der Gemeindefest ein Fach als eine sozialistische Machtwort erklärt, obwohl die SPD hermit nichts zu tun hatte. Dafür sollte sich Giesfeld eine derbe Mißbilligung von Genossen Sommer. Auf Vorschlag des Gemeindefestehers Gen. Wegener wurde mit 9 gegen 3 Stimmen beschlossen, dem Wunsch dieser Eingabe Rechnung zu tragen und zu prüfen, ob überhaupt ein Abbau dieser Stellen vorgenommen werden kann. Damit werden sich die Gemeindefest in nächster Zeit bei der Beratung des neuen Etats beschäftigen. Das eine muß aber heute schon betont werden, ohne den Beschluß der Gemeindefest vorzugreifen, die Arbeitsweise unserer Bürgermeister muß eine andere werden. So kann es nicht weiter gehen, daß die Schmelzer in einem Falle bei einer franten Frau sagt: heute abend kann ich nicht malieren, da muß ich zur Werkstatt beim Herrn Herr! So ähnliche Fälle sind noch mehr bekannt. Auch die Aktion für den Vaterländischen Frauenverein durch die Schmelzer wird sich ein großer Teil der Gemeindefest in Zukunft nicht mehr gefallen lassen. — Die Abgabe von Rics aus dem Woddest an die Reinfelder Anlagen wurde abgelehnt. Ferner wurde einem Antrag stattgegeben über die Instandhaltung des Sportplatzes hinter den Königplatz. Die Arbeiten werden ausgeführt von dem Zimmerer Gertrud. Der Gemeindefest entfielen keine Listen, weil eine geringe Anzahl an Rics von 3 März für den Beschluß einer Unfallversicherung, damit die Turner bei Ausübung der Arbeiten vor Schaden verlicht sind. Ebenfalls wurde der Erbauung eines Steinhauses auf dem Sportplatz bis auf Weiteres zugestimmt. Anschließend fand eine Geheimhaltung statt.

Amo schmerzlösend und behebend des Rheuma, Gicht, Kopf-, Herz- und Gefäßschmerzen, Ermüdung, Strapazen. In Apotheken und Drogerien.

Aus aller Welt

Ein neues turbulentes Flugzeug.



Oben: Seitenansicht der neuartigen amerikanischen Flugzeugkonstruktion. — Unten: Das Flugzeug von oben gesehen. In der jeder Lage sich selbst balanciert und in jedem Tempo instand ist, das Gleichgewicht zu halten. Der Rumpf des Apparates ist in einzelne Zellen eingeteilt, die Eigenschaften haben, beim schnellen Steigebiegen oder bei Abflug als Fallparashut zu funktionieren. Außerdem ist durch die Vorrichtung das Gewicht des Flugzeugs bedeutend verringert.

Ein Versicherungsbetrug. Gegen den Schlossermeister und Mechaniker Schab in Waidichen b. Koburg, dem nach seinen Angaben nachts von unbekanntem Eindringern an der Stalltür die Hand abgehakt worden sein sollte, ist jetzt ein Strafverfahren wegen Versicherungsbetruges eingeleitet worden. Bekanntlich hat sich alsbald nach dem mysteriösen Verbrechen herausgestellt, daß Schab bei zwei Versicherungsgesellschaften gegen Unfall mit zusammen 60 000 Mark versichert war. Eine Untersuchung der im Stall gefundenen Fußspuren ergab, daß es sich dort nur um Hühner- und Fingernägel handelte. Auch das außerhalb des Schab'schen Gehirns gefundene Schindelmesser war mit Fingernägeln bedeckt. Ein Handtuch hingegen, auf dem, wie man annimmt, die Hand tatsächlich abgehakt sein soll, wies Spuren von Menschenblut auf.

Verkauft oder nicht? Die Unternehmung des Vaters der vor fünf Jahren im Stadtbücher Wädernheim-Fein angeht, verkauft die gleiche Kinde hat. Die Unternehmung ist also ergebnislos verlaufen. Nachprüfungen und Messungen anderer Sachverständiger haben auch nicht die Überzeugung erbracht, daß eine Verletzung der Kinder angeht. Die Familie Beutl aus Stadlbach hat nunmehr die Beistellungsklage eingereicht und will weitere Gutachten einfordern.

Betrug mit „pikanten Bildererien“. Eine interessante Entscheidung fällt das Schöffengericht Berlin-Mitte gegen einen Buchhändler, der zwar vielerprechende Prosopete vertrieb, aber Bildererien, die zwar vielerprechende Prosopete vertrieb, aber Bildererien von großem Selbsteigwert in drastischen Ausdrücken an. Die Bezieger, die die Sendung mit 15 Mark Nachnahmegebühren einlösen mußten, waren über ihren Erwerb meist sehr enttäuscht, da die Serie nur aus Abbildungen bestand, die von der Polizei als nicht anständig bezeichnet und auch im freien Handel verkauft werden. Ein empörter Käufer zeigte den Buchhändler wegen Betrages an. Vor Gericht verteidigte sich dieser damit, daß er sich aus moralischen Gründen verpflichtet gefühlt habe, nur anständige Bilder zu verkaufen. Das Gericht bestrafte ihn aber doppelt: er wurde wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften verurteilt, da schon seine Prosopete als solche angesehen seien, und wegen vollendeten und versuchten Betrages bestraft, da er die Bezieger nur dadurch zur Bezahlung der 15 Mark bewegen habe, daß er ihnen unzüchtige Abbildungen verprochen habe. Wegen dieser beiden Vergehen erhielt der Buchhändler, der wegen eines ähnlichen Falles vorbestraft ist, zwei Wochen Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe.

Reform des Schachspiels.



Eine Reform des Schachspiels, die von Schachfreieren mit großem Interesse aufgenommen wurden, hat der Budapest Kaufmann Paulovics vorgebracht. Er teilt das Brett in 100 Felder ein und schuf zwei neue Figuren, ein Gebirge, durch den ganz neueartige Kombinationen zugelassen werden.

55 Personen ertranken. Am Hafen von Lotos sank ein Fischerboot, auf dem sich 80 Personen befanden. 25 der Verunglückten konnten gerettet werden; die übrigen 55 Personen werden vermißt. Man nimmt an, daß sie ertrunken sind.

Fortwährender Selbstmörder. In Berlin-Wilmersdorf verlor die 25jährige Bergmann Feinzig Eater, der in Berlin wegen eines Verstoßes gegen die Sittlichkeit in einem Anfall von Schwermut sich durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Sein Vorhaben mißlang zwar, während seine Witwe aber die Polizei holte, öffnete Eater sich die Pulsadern. Er wurde nach dem Krankenhaus in der Udenowstraße gebracht. Während eines unbewachten Augenblicks sprang Eater am Nachmittag aus dem dritten Stockwerk auf die Straße. Dabei erlitt er so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.

Der Tod im Gerichtssaal. In dem zweiten Hochverratsprozeß gegen den Reichsaussenminister Graf Helldorf, der in Berlin wegen des Verstoßes gegen die Sittlichkeit in einem Anfall von Schwermut sich durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Sein Vorhaben mißlang zwar, während seine Witwe aber die Polizei holte, öffnete Eater sich die Pulsadern. Er wurde nach dem Krankenhaus in der Udenowstraße gebracht. Während eines unbewachten Augenblicks sprang Eater am Nachmittag aus dem dritten Stockwerk auf die Straße. Dabei erlitt er so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.



Die Sozialdemokratie zeigt in dieser Schrift den Weg aus der Krise! Die Broschüre ist 36 Seiten stark und zum Preis von 20 Pfg. von allen Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Oschersleben. Einladung

zur ordentlichen Sitzung der Stadtverordneten am Freitag, den 13. Februar 1931, abends 8 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.

- Tagesordnung:**
1. Kenntnisnahme.
 2. Wahl des Vorstandes der Stadtverordneten-Versammlung für das Jahr 1931.
 3. Wahl der Ausschüsse.
 4. Wahl der Berichterstatter für den Vermögensverwaltungsbericht.
 5. Mitteilung eines Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 4. Mai 1929 betr. Wahlrechtsordnung für die städtischen Arbeiter.
 6. Beschäftigung über die Höhe der Schulbeiträge und des Schülereinzels für die gewerbliche Berufsschule im Rechnungsjahr 1930.
 7. Berichterstattung der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr über die vom Provinzial-Landesfeuerwehrverband Sachsen.
 8. Berichterstattung der Mitglieder der Schützenvereine über die Ordnung.
 9. Berichterstattung der Mitglieder der Vermögensverwaltungsordnung.
 10. Änderung des § 36 der Sparkassenstatute.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Rebe.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß jede frei werdende Wohnung innerhalb des Stadtgebietes, die der Wohnungswirtschaft unterliegt, spätestens 3 Tage nach Freiwerden dem Wohnungswirtschaft durch den Hauswirt bzw. dessen Stellvertreter zu melden ist.

Jeder Verfügung über die freierwerbende Wohnung hat sich der Hauswirt zu enthalten, da die Verfügungsgewalt über die Wohnungswirtschaft in eine solche Wohnung ohne Genehmigung des Wohnungswirtschafts, ist, so hat er und der Hauswirt bzw. Stellvertreter eine Strafe gemäß § 15 der Verordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel der Stadt Oschersleben (Wohn) vom 1. Dezember 1926 bzw. § 17 des Wohnungsmangelgesetzes vom 29. Juni 1929 vermerkt.

Oschersleben (Wohn), den 6. Januar 1931.
Der Magistrat.

Kaiserhof-Betriebe Quedlinburg
Kleinkunstbühne — Täglich 20 Uhr — Eintritt frei
Auftritt streng dezenter Kunstkräfte
Mittwoch und Sonntag nachm. Vorstellung 16 Uhr

Das vergessene **Reichsbannerliederbuch** ist jetzt wieder neu aufgelegt und soeben unter dem Titel
Wenn wir marschieren . . .
(ein republikanisches Liederbuch) erschienen.
Preis 65 Pfennig.
Buchhandlung
„Halberstädter Tageblatt“

Bekanntmachung.
Um die Stadtkasse, Rathaus, Zimmer 5, sind bis 16. Februar zu zahlen:
1. Grundbesitzsteuer und Hauszinssteuer für Februar.
2. Gemeindefinanzsteuer für Januar unter gleichzeitiger Abgabe der Wohnimmaterialeerklärung für Januar.
3. Hundsteuer für Januar, Februar und März.
4. Milchkühensteuer für Januar, Februar und März.
5. Randaufschlag und Kamelgebühren für Januar, Februar und März.
Bei verspäteter Zahlung sind Verzugszinsen zu entrichten, im Falle der Mahnung und Zwangsversteigerung entstehen weitere Kosten.
Formulare zu Wohnimmaterialeklärungen sind im Stadtbüreau (Zimmer 8 des Rathauses) erhältlich.
Wernigerode, den 7. Februar 1931.
Der Magistrat (Steueramt).

Bekanntmachung.
Da der Finanzhaushalt der Stadt Wernigerode für das laufende Rechnungsjahr einen erheblichen Fehlbetrag aufweist, hat der Herr Regierungspräsident in Magdeburg die Einführung der Biersteuer in dieser Stadt für das Rechnungsjahr 1930 (I. 4. 30 bis 31. 3. 31) nach den Sätzen der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Juli 1930 mit Zustimmung des Reichsausschusses verfügt.
Die Biersteuer wird durch besonderen Bescheid demnach angeordnet werden.
Wernigerode, den 7. Februar 1931.
Der Magistrat Reichardt.

CAPITOL
die moderne, führende Tonfilm-Bühne des großen Erfolges wegen
Verlängerung
der herrlichsten aller Tonfilm-Operetten
Das Land des Lächelns
mit Richard Tauber
bis mit **Donnerstag, 12. Februar**
weitere Verlängerung **nachmittags**
Beginn der Vorstellungen **wodentags o. 9.15 Uhr**
Für das werte Publikum, dem ein Besuch der Abendvorstellung nicht mögl. ist, veranstalten wir **Donnerstag, nachm. 1/4 Uhr** eine **Sonder-Vorstellung**
„Das Land des Lächelns“
Jugendliche haben Zutritt bei ermäßigtem Preis.

Partei-Literatur jeder Art
zu haben in der
Volksbuchhandlung Burgstraße 30

Wernigerode

Bekanntmachung.
Gemäß § 60 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1925 — in der Fassung des Gesetzes vom 28. August 1921 — lege ich mit Zustimmung des Bezirksausschusses das Verzeichnis der Beiträge zu den Grundbesitzsteuern für das Rechnungsjahr 1930 wie folgt fest:
Grundbesitzsteuer vom bebauten und unbebauten Grundbesitz 300%
Gemeindefinanzsteuer vom Ertrage 625%
Gemeindefinanzsteuer von der Wohnfläche 1200%
den 29. Januar 1931, den 29. Januar 1931, den 29. Januar 1931
als Zweigstellensteuer.
Magdeburg, den 22. Dezember 1930.
(L.S.)
Der Regierungspräsident
ges. Weser.

L 4 Wa Nr. 7854.
Zu vorstehendem Festsetzungsbescheid spreche ich auf Grund des § 60 Absatz 3 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1925 in der Fassung der Novelle vom 28. August 1921 (G. S. 405) und des § 41 der Verordnung über die vorläufige Regelung der Grundbesitzsteuer in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 1927 (R. G. S. 27), sowie der mit durch den Bundesrat des Herrn Ministers des Innern und des Herrn Finanzministers vom 24. Juni 1927 — IV S. 103 — bzw. II S. 2. 2953 (R. G. S. 3. 760) und vom 25. Februar 1928 — IV S. 130, II B. 1465 und II A. 874 — (R. G. S. 3. 208) erteilten Ermächtigung die Zustimmung aus.
Magdeburg, den 24. Dezember 1930.
Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.
In Vertretung
Dr. F. 16182 C.
D. S. 16182 C.

Verpflichtet mit dem Bemerken, daß die für das Rechnungsjahr 1930 (I. 4. 1930 bis 31. 3. 1931) von 250 auf 300% (um 50%) erhöhte Grundbesitzsteuer zur Grundbesitzsteuer bis zum 31. März d. J. an unsere Stadtkasse zu entrichten sind. Das monatliche Recht dieser Forderung beträgt 1/30 des Grundbesitzsteuerbetrages, das ist, der bisher monatlich fällig gewordenen Grundbesitzsteuer überhaupst (siehe Steuerzettel). Bei Rückzahlen beträgt die Erhöhung 1/30, der bisher monatlich fällig gewordenen Grundbesitzsteuer.
Ueber die erhöhten Gemeindefinanzsätze zur Grundbesitzsteuer ergehen keine Steuerzettel.
Wernigerode, den 9. Februar 1931.
Der Magistrat Reichardt.

Existenz
Küffig, reelles Ehepaar in Wernigerode, mit geeignetem Lagerraum, von eingeführter Holzeimer (Hima Lebensmittel) als Warenvertreter gesucht.
Bodenlohn, Provision, Eingabe unter Z. B. 100 an die Geschäftsstelle, Burgstraße 30.

Henny Porten und Fritz Kampers
größter Erfolg!
Kohlhiesel's Töchter
mit
Henny Porten und Fritz Kampers
ist eine Neuverfilmung und zwar ein **Sprech-Gesangs-Tonfilm** von ungläublicher Lustigkeit und glänzendem Humor
Henny Porten und Fritz Kampers
feiern in dem neuesten Tonfilm
Kohlhiesel's Töchter
glänzende Triumphe. Ein starker Erfolg für **Henny Porten und Fritz Kampers**
Im weiteren Programm:
Tombi . . . das heilige Krokodil
Ein Film aus Zentral-Afrika mit reizvollen Landschaftsbildern und gut gelungenen Aufnahmen von den Tieren des Urwaldes wie Löwen, Elefanten, Giraffen, Nashorn, Fledermaus, Affen, Schlangen, Heuschrecken, Ameisen, kurz alles, was dort kreucht und leuchtet!
Außerdem: **Deutig-Welt-Wochenberichte**.
Jugendliche haben Zutritt und zahlen täglich zur ersten Vorstellung 30, 60 und 100 Pfennig
Schloß-Lichtspiele
Dienstag bis einschl. Sonntag
Wochenabends ab 8 1/2; Sonntag ab 4 Uhr
Täglich letzte Vorstellung ab 8 1/4 Uhr

Zentralverband der Steinarbeiter.
Zaststelle Wernigerode.
Morgen Mittwoch, den 11. Februar
abends 8 Uhr
außerordentliche
Mitgliederversammlung
Stellungnahme
zum Schiedsgericht und Lohnverhandlungen
Der Vorstand.

S p o r t

Schwerathletik : Bogen : Artificio.

Internationaler Bogenschießkampf in Letland. Am 1. Februar fand vor zahlreichen Zuschauern ein spannender Wettkampf im Bogen zwischen den Meistern im Schwergewicht Biedrod vom deutschen Arbeiter-Athletenbund und Klesberg vom lettischen Sport- und Schützklub statt. In einem interessanten Kampf kam Klesberg in der 5. Runde stark in Vorteil und siegte nach Punkten.

In Österreich Wettkampf zum Arbeiterport. Fünf der sportlich tüchtigsten und mitgliedersfähigsten Stemm- und Ringvereine Trübs sind in den letzten Tagen dem Arbeiterportverband beigetreten; es sind das die Turnvereine Vereine Kallkraft und Ring u. Stemmklub, der Sportklub Börgel, der M.K. Hall und der Sportklub Hering.

* Fußball.

In Kassel der Meister ermittelt.

„Eintracht“ Kassel schlägt Spielvereinigung. Etwa 1:0 (1:0). Das Spiel begann mit starker wechselseitigen Angriffe. Etwa eine Viertelstunde nach dem Spiel und damit leicht überlegen. „Eintracht“ spielte gegen das letzte Spiel überlegen. Bis zur Pause konnte „Eintracht“ ein Tor vorlegen; nach der Halbzeit wurde „Eintracht“ auf kurze Zeit etwas eingeschnürt. Dann entspannte sich wieder gleichwertiges Spiel. Bis 15 Minuten vor Schluss war das Spiel sehr aufrege; dann brach Schwäche den Kampf unentschieden ab.

Um die Meisterschaft des Kreises Nordort.

Wie zu erwarten war, gewann „Lorbeer“-Hamburg, vor 1200 Zuschauern, nach technisch und taktisch überlegenem Spiel gegen „Borussia“-Hildorf 1:0. Bespannt kann man auf das Endspiel am 22. Februar in Hamburg zwischen „Lorbeer“-Hamburg und „Eintracht“ sein.

Bielefeld-Bradwebe — Hannover-Riflingen 4:2. 3500 Zuschauer sahen ein glänzendes, ständig im Sinne des Arbeiterportverbandes Spiel, das von den Zuschauern begeistert aufgenommen wurde. — Hannover lud anfänglich in einem starken Dränge zum Bradweber-Tor. Die Bradweber folgerten aber ihre Kampfkraft und ließen zu einer außergewöhnlichen Form auf. Dadurch machten sie das höchste Spiel der Hannoverer zu nichte und konnten einen höheren Sieg erringen.

Am die westfälische Meisterschaft: Eintracht — Köln 9:1. (0:1). Das Spiel in Essen bereitete infolge einer Überforderung, aus dem Vorhinterfeld keine Aussicht gegeben hatte. Köln unterlag infolge dessen dem Gegner und kam so um einen sehr wertvollen Punkt. Am nächsten Sonntag findet das letzte Rundenspiel statt.

1. Schlussspiel um die Dänische Kreismeisterschaft. Nach technisch überlegenem Spiel siegte „Borussia“ Weidwasser über „Eintracht“ Randsherg 7:1 (3:0). Der Sieg war durch die Arbeit der Bannberger Genossen trotz des hohen Schnees in gute Verfassung gebracht worden. Das 2. Spiel findet am 15. Februar in Weidwasser statt. Weidwasser kann jedoch bereits als Meister angesehen werden.

Eine Überforderung in Sachsen. Am 2. Endrundenspiel gewann Sportvereinigung Regau gegen „Sturm“-Gornsdorf 10:2. Die 4000 Zuschauer erleben in der 1. Spielhälfte ein prächtiges Spiel. Das gute Stellungsspiel der Regauer ließ Sturm nur zu einem Erfolg kommen während Regau 4 mal einwenden konnte. Nach der Halbzeit stellte Gornsdorf sich jedoch zu keinen Leistungen. Regau konnte weitere 5 Treffer anbringen. „Sturm“ verlor das Ergebnis durch Eingeständnisse fünfziger zu gestiegen, jedoch scheiterte es an der Begleitverteidigung. Durch einen schnellen Durchnäherung erzielte „Sturm“ den 2. Treffer, dem Regau noch ein Tor entgegenließ.

Winterliche Ruhe im zweiten Kreis.

Kun ist der Winter doch noch mit seinen Schneemassen gekommen, nachdem die Bewegungsspieler sich vorerst abgesagt glaubten. Die Klänge bekamen eine hohe Schneedecke, die das Spielen zur Unmöglichkeit machen ließen. Da ließen viele das Beben in der Erde. Die Bretter über der Bodenflächen wurden geist und dann ging hinaus in die Berge. Wo dies nicht vorhanden ist, war man auch mit kleinen Anstrengungen zufrieden. Jedoch kamen die Winterportler diesem Sonntag zu ihrem Recht.

Da nun aber nicht alle Bundesgenossen Winterportler sind, sie aber des Sonntags zur Fortsetzung und zur Stärkung ihr Spiel nicht müssen möchten, fanden doch einige Spiele statt. Wie schon gesagt, Spah hat es nicht viel gemacht, im letzten Schnee den Ball zu treffen. Die Bodenverhältnisse hatten dann auch auf den Spielverlauf Einfluß.

Von den Fußballresultaten in Magdeburg erregt noch das größte Aufsehen, daß der Kreismeister Arbeiterportverband gegen Fortuna Barleben 5:3 unterlag. Neufußdenstehen ließ trotz des letzten Schnees nicht von ihrem Maßspiel, so daß der Gegner mit seinem Stützspiel im Vorteil lag. Die Burger Turner hatten Wader Köhler zu Gast und behaupteten sich mit 7:2. B. f. Magdeburg, der in letzter Zeit von sich reden machte, konnte gegen den westfälischen S. d. A. nur knapp 4:3 gewinnen. Noch schlechter schied Germania Burg gegen Freiheit Dönnstedt ab; hier mußten die Erstligisten eine 5:4-Niederlage hinnehmen. Der M. B. C. warnte auch mal wieder mit einem Hindernis. Am Sonntag, 12. Februar, wurde 4:2 gewonnen. Schließlich lag noch Eintracht 0:2 gegen Bismarck ein, daß 5:3 für sich beenden konnte.

Aus Anhalt sind nur zwei Spiele genannt worden. In Bernburg trafen sich Sportklub und Vorwärts. Letzterer konnte nach überlegenem Spiel 8:3 sicherer Gewinner bleiben. Olympia-Dellau konnte nur knapp 3:2 gegen Wader-Hoflau gewinnen.

Sieg und Niederlage in Hildesheim. Wie im 2. Bezirk der Meister eine Niederlage hinnehmen mußte, so wurde auch Hermann Arbeiterklub nach dem großen Spiel um die Kreismeisterschaft lahm gelegt. Vorwärts Herbst erwies sich als besser und konnte einen verdienten 4:1-Sieg mitnehmen. Die Freien Turner Hildesheim hatten mehr Erfolg. Sie konnten ihre Gesamtmeisterschaft, Sportklub Sandersleben 5:4 bezwingen.

Lebhafter Handballbetrieb in Magdeburger Bezirk. Nachdem Fichte Alte Neustadt über Zangerhütte 5:1 gewonnen konnte, ist die 1. Runde der Handballer abgeschlossen. Alle weiteren Mannschaften trafen sich in Freundschaftsspielen. Die Heftigsten kamen wie erwartet; Fernerleben behauptete sich über Turner Schönebeck 5:2. Einen interessanten Kampf lieferten sich

Olympiade in Mürzzuschlag.

2. Arbeiter-Olympiade der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale.

Die Eröffnung der 2. Arbeiter-Wintersport-Olympiade

Am Donnerstag in dem festlich geschmückten Saale der Bezirksvertretung in Mürzzuschlag fand. Angeleitet wurde die Feier mit der Ouvertüre zur Oper „Kienzi“. Ein gemischter Chor „Der Freiheit mein Lied“ wurden in selten gehörter Klangschönheit vorgelesen. Der Olympia-Steuer. Gen. Gastei-Wien, sprach die Begrüßung im Namen der Festleitung und dankte für die Unterstützung der Behörden, Aemter, Verbände und Partei. Begrüßungsrede und Glückwünsche hatten übermittelt: Reichstagspräsident Lobe, der preuß. Innenminister Seeger, die Reichstagsabgeordneten Schred und Geller, der österr. Bundespräsident Miklas, der Bundeskanzler Ender, die Bundesminister Schürf und Heine, Landeshaupmann Schlegel, die burgenländische Landesregierung, die schweizer Gesundheitsbehörde, das finnische und lettische Konsulat, sowie der rumänische Botschafter. Von zahlreichen Verbänden und Organisationen lagen Begrüßungsschreiben vor.

Nach dem Aufmarsch der Vönderertröter mit ihren Fahnen sprach Köstlin Lettland für alle anwesenden Vönder der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale der Einwohnerschaft Mürzzuschlag, sowie der Festleitung den Dank aus.

Die Finnen allein voran!

Das erste sportliche Ereignis der Winterport-Olympiade war der Anlauf der Sportler über 15 km, an dem sich nicht weniger als 92 Läufer beteiligten. Er gestaltete sich zu einem wirklich großen, spannenden und sportlich wertvollen Rennen.

Die Strecke stellte sowohl an die Technik als auch an die Ausdauer der Läufer große Anforderungen, und umso größere, als die Schneehöhe nur zum Teil gut waren. Ueberdies fiel vornehmlich ziemlich viel Schnee, jedoch den Läufern die Aussicht auf die zahlreichen Hindernisse zum Teil genommen war. Nichts desto weniger gab es verhältnismäßig wenig Stürze.

Der Lauf fand erwartungsgemäß im Zeichen der großen Ueberlegenheit der Finnen. Es war einfach vorüberfließend wie leicht und elegant sie im Laufstil die fliehenden Hänge bewältigten. Auf den Anfahrpartien konnten sie allerdings keinen großen Vorsprung erringen, dafür war ihre Ueberlegenheit auf dem flachen und besonders auf dem anliegenden Strecken geradezu großartig. Viele Schwächeren bereiteten ihnen, wie überhaupt allen Läufern, die flache Anfahrpartie zum Ueberdauern, auf der es zahlreiche Stürze gab. Neben dem Finnen, die durch das von einer begeisterten Zuschaueremane umrahmte Ziel, ohne irgend welche Erschöpfungsercheinungen ließen, zeichnen sich noch die Deutschen, Läufer und Dönderer aus.

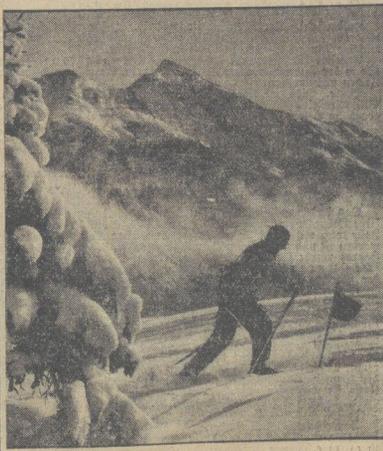
Der 3 km-Hindernislauf für Sportler.

Eine tüchtige Sache war ohne Zweifel der 3 km-Hindernislauf für Sportler. Die Strecke war die denkbar schwierigste. An der Ueberaus fühlten Frost, an der nur ausgesprochene Techniker teilnehmen, beteiligten sich 28 Läufer. Auch hier erwies sich die Finnen als sehr tüchtig. So gelang es Salminen Matti (Finnland) den ersten Platz zu erringen. Neben ihm zeigten sich die Minderen als die besten dieser Kategorie. Bedauerlicherweise ereignete sich bei dieser Veranstaltung ein Unfall. Scheiner, der finnische Minderer, zog sich nämlich bei einem schweren Sturz, eine Gehirnerschütterung zu.

Schöne Budaun und Langenweddingen, den ersten 1:0 gewonnen. Nach dem gewonnen Eintracht Magdeburg Neustadt gegen Neufußdenstehen. Das Resultat ist 0:2. Der Sportklub 3. d. A. blieb über Groß Dönnstedt mit 3:0 Sieger. Die Fr. U. Götzb konnten dem drangvollen Sturm von Gide Biederich nicht standhalten, sie unterlagen mit 6:4.

Anhalter Handball. Dem Turnerbund Bernburg gelang es nicht über Dellau Alten zu gewinnen; er mußte mit einem 2:2 zufrieden sein. Ein gleiches Resultat brachte das Spiel M. L. B. Bernburg gegen Reichsbanner Gröbzig. Das Reichsbanner Dellau mußte dem Sp. B. Dellau/Gr. Könnau eine 4:0-Niederlage hinnehmen. Fichte Hoflau von Gr. Könnau ger eine von 7:1. Räfte Bernburg blieb mit 2:1 über Reichsbanner Götzen Gewinner.

Freuden des Winterportlers.



zu dem Lauf wäre noch zu bemerken, daß der Finne Kostelesinen Billo das letzte und schwierigste Stück der Strecke nur mit einem Sturz bewältigte.

10 km-Anfahrslauf für Sportler.

Den ersten Anfahrslauf am Freitag nahmen die Göttinger für sich im Anzuge. Diesmal machten die Finnen nicht mit. Der Elart lag in 1:50 m Höhe und war auf der 10 km langen Strecke ein Höhenunterchied von 900 m zu durchfahren. Die ganze Strecke hat nur eine Gegensteigung von einer totalen Höhe von 10 m. Als Erster ging der Deutsche Karl Mannhardt mit 24:4 Min. durchs Ziel, dem der Döter. Franz Berner, mit 25:25 Min. folgte. Der erste Schweizer, Otto Krejci, wurde mit 28 Minuten 16: Als erster Läufer vom Läufer Verband kam Rudolf Rober an 27. Stelle mit 29:57 Min. und der erste Ungar (Fueerfaller) als 28. mit 30:3 Min. an. Von den Tischschloßern (Berger Verband) lief als Erster Doubet an 31. Stelle mit 32:8 Min. durchs Ziel. — Der Räter Wöhlen Siegl (Läufer Verband) mußte mit dem Berdacht einer Knochenentzündung im rechten Fußknöchel ins Spital überführt werden.

Die Finnen liegen auch im Eislaufen.

Beim 500 m-Eischnelllaufen sah man, daß alle startenden Finnen den Döterreichern, Letten und Deutschen weit überlegen sind. Der beste Finne Wirtanen lief nur um etwa 5 Sec. länger als die Wettbewerbigen im 500 m-Eischnelllaufen ist. Es wurden folgende Zeiten erzielt:

500 Meter: Biranen Raavo (Finnland, 48.4) 1. Bihl Wijo (Finnland 49.4) 2. Fintt Kalle (Finnland 50.4) 3. Billobofs Robert, (Letland 52.5) 4. Dale Arus (Letland 57.5) 5. Galmor Edward (Döterreich 1:01.2) 6. Baufeg (Döterreich 1:04.5) 7. Baufeg Karl (Döterreich 1:06.5) 8. Jermeloff Henry (Döterreich 1:15.0) 9

5000 m: Bihl Wijo (Finnland 9:32.00) 1. Biranen Raavo, (Finnland 9:36.3) 2. Fintt Kalle, (Finnland 9:43.4) 3. Billobofs Robert (Letland 9:47.00) 4. Ranel Franz (Döterreich 13:02.00) 5. Jermeloff Henry (Döterreich 13:21.4) Schifer. —

Bei den Pflichtübungen, die Vormittags stattfanden, erhielt im Stunteslauf für Männer (Einzeln) Wirtanen, Lettland 141 Punkte und wurde Erster. Es folgten Schöffinger, Döterreich mit 133 Punkte, Wigner, Döterreich mit 133.7 Punkte, Schimo, Döterreich mit 105.4 Punkte, Beran, Döterreich 104.6 Punkte, Wille, Döterreich 103.5 Punkte und Jermeloff Henry, Döterreich 102.5 Punkte. Am Freizeitsport (Einzeln) erzielten die Döterreichgenossen Galmor Edward 32.6 Punkte, Rieder, 28 Punkte, Ranan 27.9 und Rammel 15.1 P. Nachmittags wird das Skilaufen stattfinden.

Der 30 km-Anlauf mußte wegen 1 m Neuland und Nebel ausfallen. Anstehend die wichtigsten Resultate: Romé Lauf: 1. Taffi-Finnland; 2. Hb-Deutschland; 3. Häuer-Deutschland. — Mannschaftslauf: 1. Finnland 23.16 Min.; 2. Finnland 24.51 Minuten; 3. Deutschland 27.21 Min.; Sprunglauf: 1. Häuer-Deutschland; 2. Taffi-Finnland; 3. Göttinger-Läufer Verband; 4. Rand-Deutschland; 5. Körner-Deutschland. Die besten Ergebnisse: 46%, 45, 42. Ergebnisse: Deutschland vorer gegen Döterreich 0:4 und gegen Lettland 1:3; im Schlussspiel siegte Döterreich gegen Lettland nach sehr lebhaftem Spiel 3:2.

Fußballauswahl Magdeburg gegen Dellau. Bevor die Fußballspieler in den Bezirken in die neue Runde gehen, machen sie erst noch einmal durch ein Mannschaftsspiel von sich reden. Die Bezirksmannschaften des 2. (Magdeburg) und 3. Anhalts Bezirks treffen sich am 16. Februar in Bernburg auf dem Turnerbundplatz. Am Abend vorigen Jahres fand das erste Treffen beider Mannschaften in Magdeburg statt, aus welchem Magdeburg knapp mit 2:1 als Sieger hervor ging. Man darf gespannt sein, wie das neue Treffen enden wird.

Notizen.

Arbeiter-Regatta halberstadt. Am Sonntag fand unter sehr großer Beteiligung der 50 Regattakämpfer zwischen dem Arbeiter-Regatta, „Fidèle Reune“ Halberstadt und „Fidèle Rapp“ Reinfeld (Hatz) auf der Regatta des Regattabundes Witz, Auhöfer statt. In diesem Kampf gaben die Halberstädter Regatta als Sieger mit 108 Punkten mehr als die Reinfeldter hervor. Somit ist die Scharte des verlorenen Kampfes in Reinfeld wieder ausgeglichen. Während dieses Kampfes lief eine Reissbahn. Das sämtliche Regatta in Form waren ist daran zu erkennen, daß von den zehn Breiten fünf in Halberstadt geblieben und fünf nach Reinfeld gekommen sind. Den geistlichen Ehrenpreis von den Reinfeldter Regatta hat die Halberstädter Reine Kanone Walter Rein gewonnen.

M. S. D., Wasserfreunde“ Halberstadt. Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, findet im Vereinslokal Auhöfer die fällige Monatsversammlung statt. Reichliches Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich, da die letzten Vorbereitungen für das am Sonntagabend stattfindende Wadspitz zu treffen sind.

Auch Köln liefert kostenlos Schwimmen. Dem lebensrettenden Vorbild von Karlsruhe ist Köln gefolgt und läßt in den Hallenbädern kostenlos Schwimmmunterricht erteilen. Der Unterricht zu diesen Kursen ist außerordentlich stark. Köln und Karlsruhe verdienen somit eine alte Forderung der Arbeiterwinterportler.



Wo bleibt der zweite Mann

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangierlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheinung unregelmäßig wöchentlich und zwar meistens am Sonntag, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktionen in: Halberstadt, Bismarckstr. 48, Fernruf 2314, Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H., Verantwortl. für Inhalt: Kurt Wittenberg, für den toten Teil Wilhelm Kinnermann, für Helme u. Interne Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die nächstgrößere Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2318), Postfach 20, Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 34

Dienstag, den 10. Februar 1931

6. Jahrgang

Eine Dauersitzung des Reichstages bis heute morgen 3 Uhr.

Schutz der Demokratie!

Die Feinde der Volksvertretung zurückgewiesen. — Mit großer Mehrheit der Schutz des Reichstages sichergestellt. — Uebles Schmierentheater der sogenannten „nationalen Opposition“.

Im deutschen Reichsparlament hat am Montag der Entscheidungskampf zwischen einer arbeitsfähigen und arbeitsunfähigen Mehrheit und einer Minderheit begonnen, die mit allen Mitteln den Reichstag und damit die deutsche Demokratie lahmlegen will. Man muß sich darüber ganz klar sein. Es handelt sich bei der vereinten Opposition der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten nicht darum, die Verabschiedung eines unliebsamen oder offensichtlich Gefährlichen zu verhindern. An einem solchen Fall ist Obstruktion in jedem Parlament verständlich und berechtigt.

Hier geht es um viel mehr. Die diktatorische Minderheit aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten will dem deutschen Volke zeigen, daß der Reichstag, damit der Parlamentarismus u. die gesamte Demokratie am Ende ihres Daseins sind. Das ist die Absicht der vereinten Minderheit. Dieses Ziel kann nur durch eine entschlossene das Parlament besetzende Mehrheit niedergeschlagen werden.

In der Diktaturpresse der furchtbaren Verbündeten Hitler, Jüngerberg und Schömann werden die Reichstagskämpfe als ein Triumph der Reichstagsmehrheit gegen Volksverderber hingestellt. Arbeiten wir also klar heraus, warum es sich handelt. Dem Reichstag liegen nahezu 400 Ecksanträge gegen Abgeordnete vor. Es handelt sich zum großen Teil um Beleidigungen und Verleumdungen schamloser Art, aber auch um vereinzelte kriminelle Vergehen. So wird ein nationalsozialistischer Abgeordneter beschuldigt, sich an Parteigängern bereichert zu haben. Ist es das Volk's Wille, daß die erwähnten Abgeordneten straflos in der Zeitung und in Versammlungen jedem anderen Volksgenossen die Ehre abschneiden können?

Woll das deutsche Volk Verleumder und Betrüger sühnen?

Das kann niemals der Sinn einer Immunität sein. Ein Volksführer sollte schon mit Rücksicht auf die Ehre seiner Mitmenschen vorbildlich sein. Wenn er dagegen außerhalb des Parlaments verurteilt, muß er zur Verantwortung gezogen werden. Das Beispiel des Nationalsozialisten Webers zeigt, daß derartige Freilagen, solange sie die Immunität besitzen, überhaupt niemals vor Gericht erledigen, auch wenn Vorführungsbeschlüsse erlassen sind. Der Reichstag muß deshalb diese Gruppen von berufsamtigen Verleumdern endlich einmal vor Gericht ziehen lassen, wie das jeder andere Bürger sich auch gefallen lassen muß.

Wider noch als die Proteste der vereinten Opposition Jüngerberg-Hitler-Dittmann gegen die beschlossene Bewilligung der Strafverfolgung gegenüber Abgeordneten sind die gegen die Änderung der Geschäftsordnung im Reichstag. Wird da etwas Ungeheuerliches verlangt? Hier wird nur gefordert, daß endlich jeder Abgeordnete und jede Reichstagsfraktion

nur ernstgemeinte Anträge einbringt.

Wenn eine Fraktion in unüberhörbaren volksfreundlichen Anträgen sich so gebärde, als könne sie der Not unserer armen Volksgenossen steuern, so soll ihr auch zugleich die Pflicht auferlegt werden, zu sagen, welche Deckungsmittel sie dafür vorzulegen. Das ist der entscheidende und gewiß sachliche Grund der Geschäftsordnungsreform. Man kann nicht vom Volke verlangen, daß es Sinn und Wesen des Parlamentarismus und der Demokratie begreift, wenn die Abgeordneten, wie es bei den Herren der Opposition heute der Fall ist, selber gemüßlos und verantwortungslos ins Blaue hinein beantragen und Reden halten.

Schließlich muß der Reichstag auch endlich einmal Klarheit darüber schaffen, in welcher Form einer Regierung das Vertrauen entgegengebracht werden kann. Darüber herrschen bisher ganz widersprechende Meinungen im Reichstag. Sollte es doch sogar dahin kommen, daß Nationalsozialisten oder Kommunisten übertragene Vertrauensanträge für eine von ihnen befüllte Regierung einbringen könnten. Solche Komödien müssen aufhören. Das Volk kann fordern, daß jede Fraktion im Reichstag ernsthafte Arbeit leistet.

In keiner Weise also wird ein Volksrecht über ein Parlamentsrecht bedroht. Im Gegenteil, das Parlament will sich und das Volk vor denen schützen, die ein Vandalentum mit Reichstag und Volksgenossen treiben wollen.

Der Reichstagsbericht vom Montag geht, mit wahren lächerlichen und unzulänglichen Mitteln die furchtbare Obstruktion minderheit gearbeitet hat. Daß sie alle geschäftsordnungsähnlichen Mittel anwendet, ist ihr gutes Recht. Dazu reicht aber die vereinte Intelligenz nicht aus. Man willkürlich in dieser Hinsicht ein ständes Kaputtgeschrei. Ein kommunistischer Abgeordneter überreichte dem gerade in dieser Sitzung über alles Maß geduldeten Reichstagspräsidenten Löbe einen Volksbeschluß und einen Kommunituppel. Löbe wies die kommunistischen Abgeordneten Muffel

und Creutzberg für je acht Tage aus dem Saal. Stundenlang ver-luchten

Nationalsozialisten und Kommunisten in kraufler Bräuberhaft,

das Haus nicht etwa durch Reden, sondern durch wüstenes Gebüll und sonstige Schallensingenmemorien lahmzulegen. Die Mehrheit legte diesen Schallensingenmemorien einen klaren Willen entgegen. Sobald während der Dauerführung die Reihen der Abgeordneten sich etwas lockten, wurde immer wieder von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Stühr die Befähigung bezweifelt. Erfolg hatte er nur zu Beginn der Sitzung, als noch nicht alle Abgeordnete aus der Provinz in Berlin eingetroffen

waren. Später aber zeigte sich, daß eine ausreichende Arbeits-mehrheit vorhanden ist, wenn alle ihre Abgeordneten dauernd zur Stelle und zur positiven Arbeit gewillt sind.

Die Versuche, die jetzt der Reichstag erlebt, entscheiden ver-mutlich über das innerpolitische Schicksal Deutschlands der nächsten Monate. Werden die Todfeinde des Parlamentarismus und der Demokratie in diesen schweren parlamentarischen Arbeitsmonen niedergebungen, dann werden sie eine weithin wirkende Niederlage erlitten haben. Dann darf man erwarten, daß aus diesen Reihen ein rationalisiertes Parlament sich entwickelt, in dem die Schwäger juristischeren haben und in dem die sachlichen und ernsthaften Ar-beiten im Vordergrund stehen.

Die Verhandlung.

Berlin, 10. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Stühr (Komm.) das Wort. Er erklärt, der Antrag Rauch (Bayr. Ap.), wonach alle vorher dem Geschäftsordnungsausschuß übermienen Anträge auf Immunitäts-Aufhebung dem Ausschuß wieder entzogen und direkt im Plenum erledigt werden sollen, sei unzulässig und geschäftsordnungswidrig. Der Antrag Rauch müsse also abge-legt werden.

Die erste Obstruktion.

Abg. Stühr (Komm.) beantragt Vertagung der Sitzung und be-zweifelt gleichzeitig die Befähigung der Reichstagsmehrheit durch Stimmentafel-Einmündung wie bei einer namentlichen Abstimmung herbei.

Unterbrechung der Sitzung und Zutritt des Abg. Stühr. Präsident Löbe macht dem Vermittlungsvorschlag, daß Fried und Effer ihre Anträge zurückziehen.

Abg. Fried (Komm.) ist dazu bereit, wenn die einstündige Redezeit bei der Geschäftsordnung die Herrn Stühr, zugelassen wird. Abg. Taugler (Komm.) spricht von Repressalien der Mehr-heit gegen die Opposition. Im Vertagertat habe Präsident Löbe vor einigen Wochen angesetzt, daß der Geschäftsordnungsausschuß dem § 105 die Form geben solle, die dem 50 Mitglieder Reichstag ent-pricht, daß nämlich auf Verlangen von 50 Mitgliedern namentlich abgestimmt wird.

Abg. Dr. Göttheiner (Nat.) verlangt namentliche Abstimmung über den Antrag Effer, der die Grundrechte der Minderheit verneinende.

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Das ist nicht richtig. Im alten Reichstag konnte namentliche Abstimmung auch nur durch Mehrheitsbeschluß erreicht werden.

Abg. Effer (Ztr.) erklärt, er ziehe seinen Vorschlag nicht zu-rück.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird der Streifball dadurch er-ledigt, daß durch Mehrheitsbeschluß mit den Stimmen der Sozial-demokraten gegen die Stimmen des Zentrums die einstündige Redezeit beschloffen wird.

Zur Begründung des Antrags auf Änderung der Geschäftsordnung erhält dann der Abg. Dr. Bell (Ztr.) das Wort. Mehrere kommunistische Abgeordnete rufen: „Der hat den Verfaller Vertrag un-tergeschrieben!“ Präsident Löbe ruft den Abg. Roenen (Komm.) zur Ordnung.

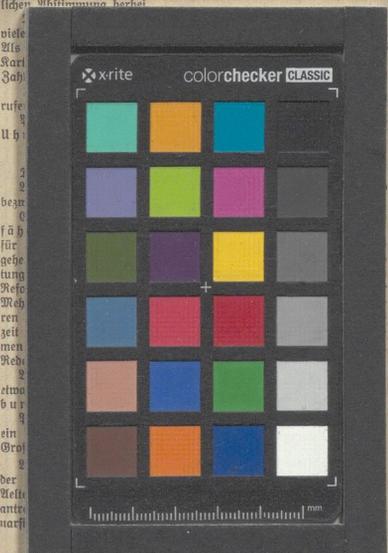
Als Dr. Bell seine Rede beginnt, wird von den Nationalso-zialisten und Kommunisten fortwährend „Aua!“ gerufen. Die Kommunisten lachen durch Summen und unartifizielle Laute den Redner zu überhören. Präsident Löbe weist nach mehreren vergeblichen Ruhe-Mahnungen den Abg. Muffel (K.) auf drei Sitzungstage aus dem Saal. Abg. Muffel fällt sich der Ausweisung, überdrt aber vorher unter großem Haufe seiner Freunde dem Präsidenten Löbe einen Schupo-Tisat und -Gummituppel. Gegen den Präsidenten werden während dieser Szene von den Kommunisten höhnliche Jurzie gerichtet. Der Abg. Creutzberg (Komm.) wird deswegen auf acht Sitzungstage ausgewiesen. Abg. Roenen (Komm.) erhält den zweiten Ord-nungsruf.

Abg. Dr. Bell (Ztr.)

begründet namens der antragstellenden Parteien die Anträge. Er weist daraufhin, daß eine Reform des Parlamentsrechts von der breitesten Öffentlichkeit schon seit langer Zeit gefordert werde. Die jetzigen Anträge sollten nicht etwa einen Witzspiel dieser Re-form darstellen. Nach Annahme dieser Anträge werde die par-lamentarische Reformarbeit fortgesetzt werden müssen. Es handle sich hier besonders um die Frage, für die Haushaltsberatung, die zweite Sitzung durch die Ausschüßberatungen zu ersetzen, die für die gegenwärtige Haushaltsberatung zu spät gekommen sei. Ent-sprechende Anträge seien aber in Vorbereitung. Von einer Ver-schärfung der Disziplinvorschriften kann man absehen, da der Präsident ausreichend harte Mittel zum Schutze der Ordnung be-sitze. Man müsse allerdings die bestimmte Erwartung aussprechen, daß der Präsident und alle Vizepräsidenten diese Vorschriften streng und unangenehmlich handhaben.

Der Redner erläutert dann die zur Beratung stehenden Vor-schläge, denen sich außerdem auf die Finanzvorlagen und Finanz-anträge bezieht, die künftig ohne erste Sitzung dem Ausschuß über-miellen werden. Finanzanträge der Parteien bedürfen ferner gleich-zeitig eines Deckungsantrages. Es handle sich darum.

Aktionsanträgen einen Riegel vorzuschleichen. Alle Parteien müßten Selbstkritik üben, um den Fundamentalfest: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ wieder zu Ehren zu bringen. Die weiteren Reichstagslagen betreffen die Vertrauensanträge, der Interpe-



darum mit Ausweisungen, falls nicht Ruhe einträte. Effer führt aus: Da der Vorschlag Fried's sich gegen den jahrelangen Brauch des Hauses richte, die Redezeit auch ohne Beschluß des Vertes-terates abzuliegen, sei es an der Zeit, auch mit einem anderen Brauch Schluß zu machen, der jetzt zu schwerem Mißbrauch benutzt wird. § 105 der Geschäftsordnung belege nämlich, daß auf An-trag von 50 Mitgliedern namentliche Abstimmung beschloffen werden könne. Er beantrage deshalb, daß in Zukunft namentliche Ab-stimmung nur auf Beschluß des Hauses vorzunehmen sei. (Erregte Proteste der Opposition.)

Abg. Stühr (Nat.) stimmt für den Fall, daß dem Antrag Effer stattgegeben und mit einem schicksalvollen Brauch des Haus-es gebrochen werde, den casus belli (Kriegszustand) an. (Heiterer Ruf der Mehrheit, Handclatschen der Raif.) Er beantragt sofortige